

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 50 vom 14. Dezember 1984

18. Jahrgang

1 DM

Hin und Her

So ging es am letzten Wochenende in den Nachrichten über den Streit der Koalitionsparteien um eine „Sonderabgabe“.

Am Samstag wurde bereits der Kompromiß gemeldet, am Montag wußte erneut niemand, wie es weitergehen werde. Kohl machte, wie üblich, keine konkreten Angaben. Er unterstrich lediglich, daß er das Schlagwort „Symmetrie“ nicht in dieser Debatte haben wolle, denn es gäbe in der BRD ja schon eine hohe Steuerprogression. Womit er grundsätzlich natürlich auch schon Stellung genommen hat.

Während auf der einen Seite für die FDP Hoppe und für die CSU Waigel erneut ihre völlige Ablehnung jeglicher Sonderabgabe unterstrichen, wurde von verschiedenen CDU-Politikern eine solche Abgabe aus „sozialen Gründen“ erneut verlangt.

Dabei tat sich ausge-rechnet Ernst Albrecht mit dem Spruch hervor, diese Forderung sei aus dem sozialen Selbstverständnis der CDU heraus notwendig. Daß ausgerechnet Albrecht sich hier profiliert, ist ein ziemlich deutlicher Hinweis, daß es eben doch so platt stimmt, wenn gesagt wird, die CDU brauche aus Wahlgründen eine sogenannte soziale Badehose. Da Wahltaktik ihn bestimmt, kann dieser Streit noch lange gehen.

Ausgerichtet

Kein Hin und Her soll es dagegen künftig bei der FDP geben. Auf dem Kongreß der Jungen Liberalen am vergangenen Wochenende traten sowohl Genscher als auch Bangemann ganz entschieden auf.

Genscher, der ausdrücklich auf seinem Begriff der Neidsteuer beharrte, unterstrich, daß seine ganze Arbeit heute dazu diene, die FDP als Partei eben dieser Klientel zu profilieren, als eine Partei, die im Gegensatz zur CDU nicht noch den einen oder anderen Funken Rücksicht nehmen muß, sondern klare, eindeutige Interessenpolitik macht. Bangemann unterstützte dies mit seinen Ausführungen dazu, die FDP und die Jungen Liberalen sollten aufhören sich für die Wende sozusagen zu entschuldigen, sondern sollten die Richtigkeit offensiv vertreten.

Eine Partei — und ihr Jugendverband — werden ausgerichtet.

Erneuter Vorstoß — diesmal von der CSU

„Flick-Untersuchungen so schnell wie möglich beenden“

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, unternahm am Wochenende einen erneuten Vorstoß gegen die Untersuchungen im Fall der Flick-Affäre. Waigel — dessen Parteivorsitzender laut Listen am meisten Geld bekam — forderte namens seiner Gruppe, die Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages sei so schnell wie möglich zu beenden.

Waigel setzte dabei auf die Unterstützung der SPD. Der Ausschuß dürfe weder ein Untersuchungsausschuß zur Durchleuchtung sämtlicher Lebensvorgänge in der Bundesrepublik Deutschland sein, noch ein Instrument des Herrn Schily, um inquisitorisch die Bundesrepublik als Ganzes und alle demokratischen Parteien diskriminieren zu können. Worauf dies abzielte ist eindeutig. Am Tag vorher hatte eine Koalition aus

Abgeordneten der CDU und der SPD im Ausschuß einen Antrag Schilys negativ beschieden, der darauf abzielte, zu untersuchen, ob auch SPD-Abgeordnete bestimmte „Förderer“ gehabt hätten. Zwar versuchten SPD-Mitglieder im Ausschuß anschließend diesen Eindruck einer „sachbezogenen großen Koalition“ zu verwischen, indem sie betonten, es habe sich ja nur darum gehandelt, daß der Ausschuß nicht über seine Kompe-

tenzen hinaus arbeite — aber eben dieses Argument ist ja auch bereits ein gemeinsames mit den Regierungsparteien.

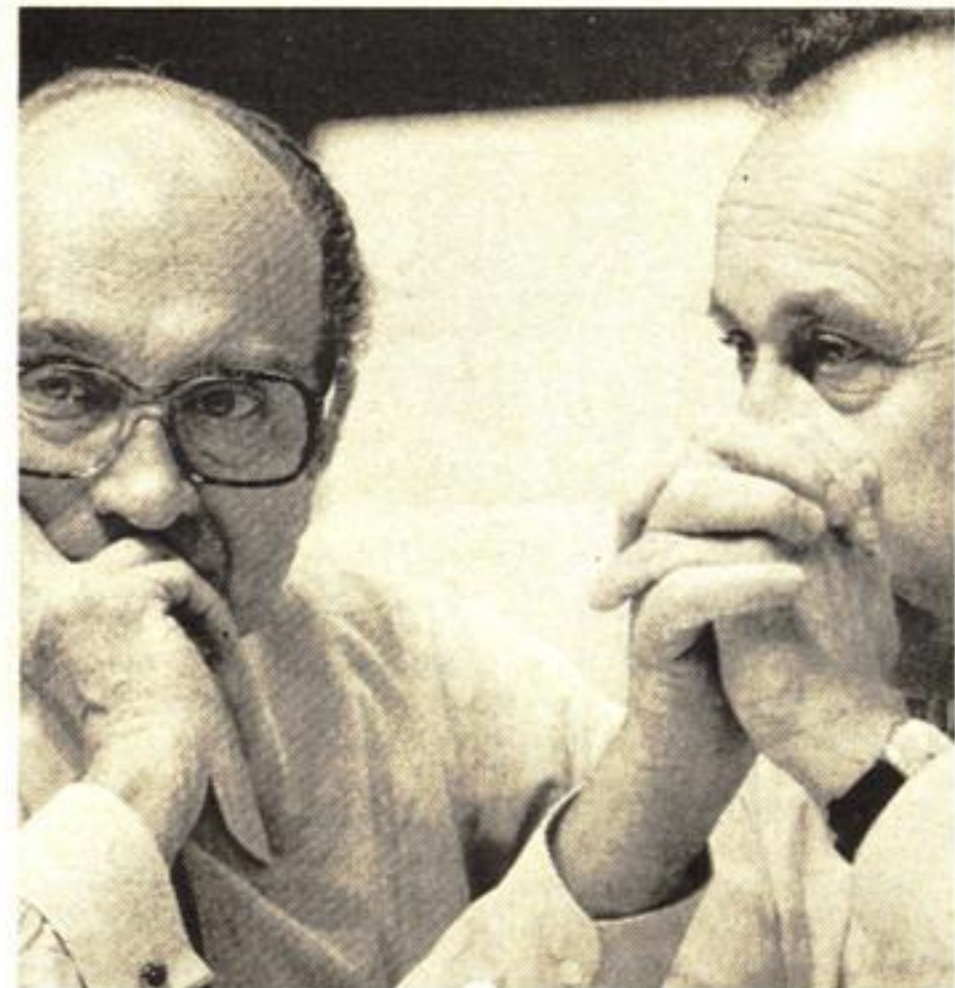
Dem entspricht auch, daß alle Parteivorsitzenden von CDU/CSU, FDP und SPD öffentlich betonten, sie würden nicht mehr vor dem Ausschuß aussagen. Auch das stützt alle Bestrebungen dazu, die Sache wenigstens im Sande verlaufen zu lassen.

Dabei mehren sich Tendenzen, Leute wie den Wirtschaftsgrafiker zu opfern, um so eine angebliche Selbstreinigung vorzutäuschen zu können. Keine Proteste waren bisher zu hören gegen die Absicht, aus seinem Verfahren zwei zu machen und eine Anklage wegen Steuerhinterziehung nachzuschieben. Eine Anklage, die einerseits eine Verurteilung wahrscheinlicher macht, andererseits natürlich die Frage der Bestechlichkeit, der indirekten Käuflichkeit politischer Entscheidungen weiter in den Hintergrund rücken ließe.

Nicht zuletzt die Veröffentlichung des Briefes des Herrn von Brauchitsch an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth hat dazu beigetragen, daß im bürgerlichen Lager sich die Stimmen vermehren, die ein Ende der Affäre fordern — heute sind dies nicht nur die Regierungsvertreter, die durch Flicks Geld wurden, was sie sind. Denn dadurch war deutlich geworden, daß auch die sogenannte nächste Politikergeneration bereits fest in den politischen Kalkulationen der Konzerne steht, wenig „Ersatz“ da ist.

der Tat auch das, was die „Realpolitiker“ gefordert haben. (Die Alternative, daß die Bundesversammlung beschließt, nun überall Koalitionen und Bündnisse einzugehen, stand ja in Wahrheit niemals zur Debatte). Und wenn man sich zu dieser Entscheidung die bisherigen regionalen bzw. örtlichen Vorgehensweisen betrachtet, so kann man leicht feststellen, daß, mit Ausnahme von einst in Hamburg (was der erste Ablauf war) bisher eigentlich überall, wo die Frage konkret stand, für eine — oder andere — Form des Zusammengehens entschieden wurde.

In diesem Sinne ist das Ergebnis dieser Bundesversammlung tatsächlich ein Erfolg der „Realpolitiker“, macht es den Weg frei für eine Koalitions politik in verschiedenen Varianten. (Siehe dazu auch Kommentar auf Seite 2)



Bundesversammlung der Grünen Kein bloßer Kompromiß

Die dreitägige Bundesversammlung der Grünen in Hamburg — für die bürgerlichen Medien in ihrer großen Mehrheit erneut ein Anlaß für eine regelrechte Hetzkampagne — befaßte sich fast ausschließlich mit der Frage möglicher Koalitionen.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes, der sich grundsätzlich gegen Koalition und Tolerierung der SPD ausgesprochen hatte, wurde niedergestimmt. Die faktische Schlußfolgerung aus dem angenommenen Antrag aus Cuxhaven ist aber keinesfalls nur ein vertragender Kompromiß, wie es üblicherweise in der Berichterstattung gewertet wird.

Auf Bundesebene gibt es „keinen Entscheidungsbedarf“ — das ist das aufschieben-

de an der Entscheidung, und diese Aussage stimmt. Insofern trägt dieser Teil kompromißhaft der Wirklichkeit Rechnung.

Daß die Entscheidung auf Länderebene und in den Kommunen den jeweils dort zuständigen Parteiebenen überlassen wird — das allerdings hat aus doppeltem Grund nicht einfach Kompromißcharakter. Damit ist nicht nur die grundsätzliche Ablehnung, wie sie der Bundesvorstand gefordert hatte, vom Tisch, sondern es ist ja in

Diese Woche

IGBE erst diesmal

— und nicht im RM Nr. 49 wie in der letzten Ausgabe irrtümlich an dieser Stelle gemeldet, veröffentlichen wir den 1. Teil eines Artikels zum Kongreß der IG Bergbau und Energie —

Seite 5

Pariser Kommune, Oktoberrevolution und Programm der KPD

— Vorwort zur neuesten Ausgabe der „Kommunistischen Hefte“ über dieses Thema, ein Leit faden zur Diskussion um Sozialismus —

Seiten 7 — 9

Giftgaskatastrophe in Indien

Wo liegt das nächste Bhopal?

In der Nacht vom Sonntag auf Montag in der vergangenen Woche entwich aus einer Chemie-Fabrik des US-Konzerns Union Carbide in der indischen Stadt Bhopal eine Giftwolke: 3000 Tote zählte man nach einer Woche, 20 000 Menschen erblindeten, mindestens 200 000 wurden verletzt — die Folgen sind noch gar nicht absehbar.

„In Bhopal machen wir es wie anderswo“, sagte der Sprecher der Union Carbide zur Produktion des Insektengiftes Me-

Die exakte Ursache des Unglücks von Bhopal und der genaue Stoff, der in der MIC-Produktionsanlage ausgetreten ist,



thylisocyanat (MIC). Dann kann es auch anderswo passieren: Menschen, die sich erbrechend, hustend, nach Luft ringend, mit Schaum vor dem Mund sterben — die bei leichter Berührung mit dem Gift noch erblindeten, die Verletzungen der Schleimhäut davontragen, wenn MIC austritt. Ganz zu schweigen von den zunächst nicht sichtbaren Folgen dieses Giftes: Hirnschäden, Lähmungen, Lungenödeme, Unfruchtbarkeit und Mißbildungen...

sind noch nicht bekannt. „Das Muster der Vertuschungs- und Desinformationspolitik von Seveso“, so ein Umweltschutzbeamter aus Hamburg, wendet der US-Konzern an. Experten sind sich ziemlich sicher, daß in Bhopal Phosgen ausgetreten ist, ein Stoff, der zur Herstellung von MIC benutzt wird — der aber auch ein extrem aggressives Kampfgas ist.

Fortsetzung auf Seite 11

Gewerkschaftstreffen in London Unterstützung der britischen Bergarbeiter versprochen

Im Sitz des britischen Gewerkschaftsdachverbands TUC trafen sich Ende vergangener Woche Gewerkschaftsdelegationen aus Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik mit Vertretern der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM und anderen TUC-Mitgliedsverbänden. Das Treffen fand nach einem Aufruf der NUM statt.

Seit dem Beginn des Streiks der Bergarbeiter im März dieses Jahres wurde der Kohleimport Englands mehr als verdoppelt. Auch der Ölimport wurde gesteigert. Hauptlieferanten sind dabei die BRD, Belgien, Niederlande und Polen.

Schon seit längerem gab es den Aufruf der NUM an europäische Gewerkschaften, Solidarität zu organisieren, die Kohlelieferungen zu stoppen. Mit der wachsenden Dauer des Streiks und sich ausbreitender Solidarität zahlloser Gewerkschafter in Europa (die lange Zeit durchaus im Gegensatz zum Willen der Gewerkschaftsführungen stand, etwa in der BRD) sind nun die Gewerkschaftsverbände der drei genannten Länder diesem Appell der NUM erstmals gefolgt.

Von westdeutscher Seite waren der DGB und die ÖTV ver-

treten. Beide sicherten den britischen Bergarbeitern „praktische und wirkungsvolle Unterstützung“ zu. Gegenüber der Presse wurde angedeutet, daß Kohletransporte nach England behindert oder gar ganz blockiert werden sollten.

Nun — dies ist erst mal ein Versprechen. Ein relativ vages zwar und erst nach langer Zeit gegeben, aber immerhin. Wohl niemand hatte erwartet, daß sich die IG Bergbau und Energie auf dieses Solidaritätstreffen „verirren“ würde, aber wie sich ihre Führung nun verhalten wird, wird nicht ohne Auswirkung auf die Verwirklichung dieses Versprechens bleiben können.

Aber auch ohne diesen Faktor wird aus solch einem Versprechen bestimmt nichts, wenn nicht ausreichend Druck dafür gemacht wird, nun auch in Taten zu den Worten zu stehen.

Im Dilemma

Die politische Bewertung der Auseinandersetzungen um die und während der Bundesversammlung der Grünen ist nicht so einfach, wie sie auf dem ersten Blick erscheinen mag.

Betrachtet man sie nicht nur ausschließlich unter dem Gesichtspunkt parlamentarischer Taktik, so muß man beachten, daß die beiden „Fronten“, die sich in der Frage Koalition mit der SPD aufrufen, aus verschiedenen politischen Strömungen bestehen.

Auf der Seite der Befürworter der Koalitionspolitik stehen ja nicht etwa die „Linken“, auf der Seite ihrer Gegner die „Nur-Ökologen“ — so einfach, wie es oft dargestellt oder begriffen wird, ist die Lage nicht.

Die sogenannten Realpolitiker bestehen ja — vor allem — aus zwei Strömungen: aus bürgerlichen Demokraten, wie etwa Otto Schily und aus sozialreformistisch geprägten Kräften wie Karl Kerschgens. Und da tut es nichts zur Sache, daß natürlich jeder Linke einen Innenminister Schily einem meineligen heutigen Amtsinhaber um Längen vorziehen wird. Die politische Argumentation, die etwa Kerschgens ausdrücklich vortrug, die da lautet, es gibt so viel drängendes zu tun, da müssen wir handeln, Verantwortung übernehmen und wir leisten ja auch viel dabei — das ist in der Tat die Argumentation, die zur endgültigen Umwandlung der Grünen in eine bürgerlich-parlamentarische Partei entscheidend beiträgt. Da hat es im übrigen zunächst wenig Sinn, zu sagen, daß dies nun mal der vorgezeichnete Weg der Grünen aufgrund ihrer Basis und ihrer Vorstellungen sei, sondern man muß erst einmal dieses als Tatsache festhalten.

Die Gegner der Koalitionspolitik mit der SPD (und faktisch geht es ja nur darum) bestehen ebenfalls keineswegs nur aus „Ökoliberalen“ und Leuten wie Rudolf Bahro. Auffällig im Vorfeld und im Verlauf dieser Bundesversammlung war ja, daß gerade „profilierter“ Vertreter der politischen Linken innerhalb der Grünen zu den wortgewaltigsten Vertretern der Ablehnung gehörten. Das Duo Trampert/Ebermann sei dafür als Beispiel genannt — kein zufälliges Beispiel.

Sie kritisierten die Wandlung der Partei der Grünen hin zu einem „Korrektiv“ der SPD. Sie kritisierten die grundsätzliche Bejahung einer Teilnahme nicht an irgendeiner Regierung, sondern an bürgerlichen Regierungen.

Das Dilemma in dem diese politische Strömung innerhalb der Grünen steckt, ist ihre wachsende Einflußlosigkeit. Ein Teil dieser sozialistischen Linken in den Grünen hat bereits resigniert. Sie haben aufgegeben, aus den Grünen eine antikapitalistische Partei machen zu wollen und begnügen sich heute mit der Zielsetzung einer bürgerlichen, möglichst radikal-demokratischen Partei, da mehr ja sowieso nicht zu machen sei. Der Rest dieses Flügels verzeichnet in der Tat sinkenden Einfluß. Was durch das Ende einer Zeitschrift wie der „Modernen Zeiten“ angedeutet war, fand beispielsweise in der Rede Tramperts auf der Bundesversammlung ihre Fortsetzung.

Denn Trampert war ja genötigt, um nicht überhaupt in eine hoffnungslose Minderheit zu geraten, in der Begründung seiner Haltung den totalen Kompromiß mit jenen Kräften zu schließen, die das darstellen, was im allgemeinen öffentlich unter „Fundamentalisten“ verstanden wird. So wurde es zum allgemeinen Grundzug seiner Argumentation, daß er gegen eine Gesellschaft sei, die auf Wachstum bauer und hier müsse Grundsatzopposition betrieben werden.

Nun kann man sich leicht hinstellen und sagen, eben das sei ja von jeher klar gewesen, daß die Grünen keine antikapitalistische Partei würden, also brauche man dies nicht erneut aufzuwärmen. Diese Haltung geht aber an der Tatsache vorbei, daß es eben sehr viele Linke gab, die sich gerade für ein solches Ziel eingesetzt haben. Wo nach und nach, und mit dieser Bundesversammlung öffentlich deutlich wird, daß sie im erwähnten politischen Dilemma stecken.

Auf dieser Grundlage sind natürlich auch die Ergebnisse dieser Bundesversammlung vielschichtiger zu bewerten, als einfach zu sagen, die „vernünftigen, reformistischen“ Kräfte hätten einen Erfolg davongetragen. Haben sie. Aber ihre geschlagenen Gegner waren nicht nur platt gesagt irgendwelche Körnerfreaks, sondern eben auch die verbliebene Schar der — aus der Not mit ihnen verbündeten — Linken. Gesiegt hat so die weitere Parlamentarisierung der Grünen.

Helmut Weiss

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

Jahresbericht 84 des Arbeitgeberverbandes

Für mehr Aussperrung

BONN. — Am Dienstag vergangener Woche stellte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Bonn ihren Jahresbericht 1984 in der Öffentlichkeit vor. Neben verschiedenen direkt wirtschaftlichen Problemen umfaßt dieser Bericht vor allem drei Schwerpunkte.

Am meisten Raum eingeräumt wurde der Betrachtung der Streiks für die 35-Stunden-Woche im Sommer, weitere Schwerpunkte waren die Ausbildungsfragen und die Stellungnahme zur politischen Lage.

nicht dieses Thema, das der BDA da aufgreifen will. Es ist vielmehr ein Versuch, zu diffamieren: Das sind die doofen, unfähigen, wären sie so toll wie wir Unternehmer, wären sie auch nicht enttäuscht...

Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände



„Dort geht es lang, immer meinem Finger entlang Helmut, gelle“

Die politische Analyse des Kapitalistenverbandes ist recht einfach. Über all jene, die heute oppositionell eingestellt sind, heißt es: „Mit politischem und moralischem Rigorismus in der Ökologie und in allen anderen staatspolitischen Feldern erheischen sie leicht den Beifall derer, bei denen sich die Lebens-, Berufs- und Politikerwartungen nicht mit der Wirklichkeit decken.“

Vom Leben Enttäuschte seien das alles, so wurde es auch in der Pressekonferenz gesagt. Nun: Niemand wird sich — beispielsweise — wundern, wenn jemand, der lange Zeit arbeitslos ist, der ständig mit seinem Lohn zu knapsen hat usw. in der Tat „enttäuscht“ ist. Daß solche Enttäuschte eine Massenerscheinung werden — spätestens dann gilt das nicht mehr als Kritik an den betroffenen Personen, sondern an der Gesellschaft, die so viele an den Rand drängt. Aber natürlich ist es

Zur Bildungspolitik werden konkrete Forderungen aufgestellt: Die „Öffentlichkeit“ müssen endlich anerkennen, welche Leistung die Unternehmer mit der Bereitstellung von 700 000 Ausbildungsplätzen erbracht hätten, nun könne nicht noch mehr von ihnen gefordert werden. Künftig müsse — öffentlich gefördert, versteht sich — die Verbundausbildung über die Kammern usw. ein noch viel größeres Gewicht bekommen als schon in den letzten Jahren. Zur schulischen Ausbildung wurde gefordert, die Schule solle mehr Praktiker ausbilden und „technologische Akzeptanz“ (will heißen: Keine Kritik an neuen Techniken) fördern.

Der Hauptteil des Jahresberichts aber befaßt sich mit den Streiks und fordert eine veränderte Rechtsprechung „beim Arbeitskampf“. Vor allem die Zahlung der Bundesanstalt an

„kalt Ausgesperrte“ (die gibt es nach BDA-Wortschatz gar nicht, da heißen sie „kalt Streikende“) durch Sozialgerichtsurteile erzwungen, sehen die Kapitalistenverbände als einen staatlichen Verstoß gegen die im Grundgesetz festgeschriebene Neutralitätspflicht an. An zweiter Stelle erwähnen sie das Warnstreik-Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das solche Streiks für legal erklärt hatte.

Beides, so der BDA, seien Gefahren für die „Tarifautonomie“, die Unternehmer seien ständig weiter benachteiligt worden. Künftig müsse man sich ernsthaft überlegen, was jetzt nur vereinzelt angesprochen worden sei, mit bundesweiten Aussperrungen auf Teilstreiks zu antworten. Natürlich verschweigt der BDA bei seinen Klagen die Realität — sowohl was die Aussperrung betrifft, als ein Mittel zur Sabotage eines absoluten demokratischen Grundrechts, wie es das Streikrecht ist, als auch was die angebliche Hilfe des Staates für den Streik betrifft. Besonders im letzten Fall handelt es sich ja wohl angesichts der bekannten Haltung der Kohl-Regierung und des früheren Siemens-Abgeordneten und heutigen Chefs der Bundesanstalt für Arbeit, Francke, um eine glatte Verdrehung der Tatsachen um 180 Grad.

Neben der verstärkten Drohung mit bundesweiter Aussperrung wird vor allem die Forderung erhoben, den § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes dahingehend zu „präzisieren“, daß unmittelbar wie mittelbar an einem Streik beteiligte Arbeiter und Angestellte keine Unterstützung durch die BFA mehr bekommen sollen.

Auf diesen Kern lassen sich die Ausführungen im BDA-Bericht reduzieren: Es werden gesetzliche Regelungen gefordert, die mehr Aussperrung zulassen und die verhindern, daß kalt Ausgesperrte irgendwelches Geld bekommen können. Man könnte auch sagen: Schrankenlose Aussperrung, das ist es, was der BDA unter „Parität“ der Tarifpartner versteht.

während das private Konsortium für SAT 1 in Ludwigshafen extra eine Antennenanlage gebaut bekam. Unter ihrer These der „Meinungsvielfalt“ betreibt die Regierungskoalition, das wird an diesen Vorfällen und der Verlogenheit, mit der sie gedeckt werden, in Wirklichkeit eine Politik der totalen Bevorzugung des Kommerzfernsehens.

Gerügt wurde im Bundes-tag — naheliegend — nicht etwa der verlogene Minister, sondern der Abgeordnete der Grünen, Sauerbrey, weil er Schwarz-Schilling als einen „Freibeuter im Ministersessel“ bezeichnete.



Meldungen

Kohl nicht

Der neugeschaffene Untersuchungsausschuß des Landtages von Rheinland-Pfalz wird Bundeskanzler Kohl nicht vorladen.

Die Mehrheit der CDU-Abgeordneten im Ausschuß verweigerte sich einem entsprechenden Antrag der Sozialdemokraten. Dieser Antrag war mit den Enthüllungen des „Spiegel“ von letzter Woche begründet worden. Dort war nachgewiesen worden, daß Kohl sich dafür stark gemacht hatte, einen Staatsanwalt daran zu hindern, die Affäre des Flick-Mannes Kanter zu untersuchen.

Ausschußvorsitzender Volkert (CDU) meinte, eine Ausweitung des Auftrages des Untersuchungsausschusses (vom Landtag damit beauftragt, die Behandlung der Geldwaschanlagen der Parteien gerade in diesem Bundesland zu prüfen) wäre eine einmalige Rechtsmaßnahme, die Forderung der SPD beleidige seinen juristischen Sachverstand.

Ob seine Haltung vielleicht die Suche nach Wahrheit beleidigt — darauf wollte Kohls Parteifreund nicht eingehen...

Jöster auch nicht

Vor dem Kölner Amtsgericht hat am Dienstag vergangener Woche der zweite Prozeß in Sachen Steuerbetrug durch Spenden begonnen. Der Kölner Unternehmer Bruno Jöster muß sich jetzt verantworten.

Ihm wird vorgeworfen, er habe insgesamt 40 000 Mark durch „Spenden“ an das „Seminar für sozial- und staatspolitische Bildungsarbeit der christlichen Arbeitnehmerschaft“ an Steuern hinterzogen.

Auch Jöster — wie bereits sein „Vorgänger“ Madaus im ersten Prozeß, der BDI-Chef Rodenstock und der Kanzler — sah darin nichts Verwerfliches. Die Vorwürfe gegen ihn seien nicht gerechtfertigt, er habe in gutem Glauben gehandelt.

Die Aufforderung zu diesen sogenannten Spenden hatte Jöster vom früheren CDU-Schatzmeister Adam Faßbender erhalten...

Skandal?

Entrüstet zeigte sich vor allem die CDU in NRW. Über die Tatsache, daß in einem Schreiben des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen an den „Spiegel“ — das durch Zufall an einen Anwalt gleichen Namens wie der „Spiegel“-Redakteur ging — über die Einkünfte des Spitzenkandidaten der FDP für die kommende Landtagswahl, Achim Rohde, Angaben gemacht wurden.

Die CDU nutzte diesen Vorfall, um ihre Kampagne aus dem letzten Jahr (die sich neben „Spiegel“ und „Stern“ vor allem gegen das Justizministerium von NRW gewandt hatte) wieder aufzunehmen: Unter dem Motto „nicht der muß kritisiert werden, der Geld bezieht, sondern der es aufdeckt“, protestierte die Partei, die alle Rekorde im „Spendensammeln“ aufstellte, gegen die „Kampagne des Ministeriums“. Minister Schnoor entschuldigte sich sofort...

NATO-Herbsttagung

Aufrüstung um jeden Preis

In der ersten Dezemberwoche, wie stets, fand die sogenannte Herbsttagung der NATO statt. Zuvor hatten sich bereits die europäischen Mitglieder versammelt, um ihre Ansprüche zu koordinieren. So waren es denn auch zwei Tatsachen, die den Inhalt dieses Treffens bestimmten: Streitereien und der Wille zur Aufrüstung um jeden Preis.

Dieser Wille zeigte sich auf der Tagung in doppelter Weise. Zum ersten wurde rundweg abgelehnt, überhaupt zu überlegen, ob während der kommenden Gespräche zwischen USA und UdSSR — um Friedenswillen zu unterstreichen — die Aufstellung weiterer Atomraketen wenigstens vorübergehend gestoppt werden sollte. Dazu, so betonten die anwesenden Minister, gäbe es überhaupt keinen Grund. Natürlich: Was sie im konkreten ablehnten, das wollten sie — wie immer — irgendwann in der Zukunft tun. Solche Versprechen kosten nicht viel — aber gepaart mit der konkreten Ablehnung wird noch deutlicher als sonst, was sie wert sind, nämlich gar nichts.

Vor allem zeigte sich dieser Wille aber bei der — endgültig positiven — Stellungnahme zum sogenannten Rogers-Plan („Follow on Forces Attack — FOFA“). Der Oberkommandierende der NATO, mit dessen Name dieses Konzept so eng verbunden ist, warf sich erneut stark dafür in die Bresche. FOFA — das ist ein Konzept, das zweierlei bedeutet. Erstens gewaltige, noch bei weitem nicht annähernd bestimmte Kosten für die Anschaffung nicht nur neuer Waffensysteme und -generationen, sondern im Prinzip für eine völlige Umrüstung des nichtatomaren Waffenarsenals. Um jeden Preis, das wird hier besonders deutlich, denn kein Preis wurde genannt, akzeptiert wurde trotzdem. Egal, was es kosten wird, das „Ding“ muß her, so läßt sich die Essenz der Herbsttagung in dieser Frage zusammenfassen. So forderte Rogers denn auch — zum wiederholten Male — soziale Einsparungen zugunsten seiner Absichten. Diese Absichten sind ebenso deutlich ein Einschnitt. Überwunden nun der Streit um Vorverteidigung oder Vorwärtsverteidigung oder was ansonsten an spitzfindigen Konzepten zur Verschleierung von Aufrüstungsabsichten so alles in die Welt gesetzt worden war. Im Rogers-Plan geht es im wesentlichen darum, die Reserven des Feindes im Hinterland, die sogenannte zweite Staffel anzugreifen. Damit wird der — bis-

her zumindest offiziell stets vertretene — Anspruch ein „Verteidigungsbündnis“ zu sein, endgültig fallengelassen. Der Rogers-Plan beinhaltet eine Strategie des präventiven Schlages, des Angriffskrieges. Er ist somit eine Übertragung gültiger Konzepte der Armee der USA auf die gesamte NATO. Daran gab es faktisch keine ernsthafte Kritik, die europäischen Partner waren bereit, dies zu akzeptieren. Man braucht sich gar nicht auf Debatten darüber einzulassen, weil akut dadurch die Gefahr von Krieg beschleunigt wird. Tatsache ist, daß mit der Annahme dieses Plans ein Konzept abgerundet wird, daß mit der Stationierung atomarer Erstschlagswaffen begonnen wurde, ein Konzept, das eindeutig unter der Vorherrschaft aggressiver Taktik und Strategie steht. Nun ist damit sicherlich keine qualitative Veränderung der NATO-Militärpolitik insoweit verbunden, als es sich etwa vorher um ein defensives Bündnis gehandelt habe, nichts könnte falscher sein als dies anzunehmen oder nahezu legen. Die qualitative Veränderung besteht in der Eindeutigkeit und Öffentlichkeit, in der dies demonstrativ vollzogen wird, in Umorganisationen, die zu besseren Möglichkeiten der Verwirklichung solcher Ansprüche führen. Aufrüstung um jeden Preis — das heißt eben nicht nur ohne Rücksicht auf Kosten, das ohnehin, sondern auch ohne Rücksicht darauf, ob die Kritikerzahl wächst, auch im bürgerlichen Lager. Dafür steht diese Herbsttagung.

Sie steht aber auch für eine Reihe von Streitigkeiten. Die USA-Regierung hat sich, wie stets geweigert, zur Kenntnis zu nehmen, das in Westeuropa das Klima für eine Kreuzguppelpolitik wesentlich ungünstiger ist als in ihrem eigenen Land. (Wo gerade eben wieder die Hybris Wellen schlägt wegen der Entführung einer Maschine nach Teheran). Diese Differenz schlug sich erneut im Streit um die reale Erhöhung der Rüstungsausgaben nieder, die den Amis bei den Europäern immer noch nicht hoch genug sind, was diese (zu Recht) empört von sich weisen.

Nachdrücklich forderten die Europäer außerdem, die USA sollen künftig auch Waffen in Europa kaufen und nicht nur umgekehrt und die USA sollten sie an der Rüstung im Weltraum beteiligen — dazu wurde der Vorschlag gemacht, eine NATO-

Weltraumgruppe zu bilden. Bei solchen Auseinandersetzungen wird es künftig weiterhin das gewohnte Hin und Her geben.

Was den Teilnehmern offensichtlich Sorge machte, war der erneute Streit zwischen Griechenland und der Türkei, die

„Schwächung der Südflanke“ hier könnten sich in der Tat Schwierigkeiten ergeben, die aggressiven Pläne voll zu sichern. Wenig Kummer, das kann abschließend vermerkt werden,

bereitet die spanische Regierung der NATO — offensichtlich gehen alle Beteiligten davon aus, daß es einen Rückzug Spaniens aus der NATO nicht geben wird...

KP Chinas

Marx ade

Ihren Abschied von Karl Marx (und Friedrich Engels und W. I. Lenin) gab vergangene Woche die KP Chinas in einem Artikel ihres Zentralorgans bekannt.

Karl Marx sei seit 101 Jahren tot, seitdem sei so viel geschehen, manches habe Marx auch damals schon falsch gesehen, außerdem stehe heute die Wirtschaftstätigkeit im Vordergrund, da komme man mit Theorie ohnehin nicht sehr weit. So lauten, kurz zusammengefaßt, die zentralen Aussagen des Artikels in „Renmin Ribao“.

Natürlich wird das ganze begleitet von bestimmten Beteuerungen, man müsse die marxistische Methode anwenden und ähnliches, aber die Substanz dieser Erklärung ist das Erstgenannte.

In gewisser Weise wird man sagen können, ist diese „Verkündung“ der Pekinger Parteizeitung die Krönung eines jahrelangen Prozesses. Was mit der Auflösung von Volkskommunen begann, erreichte kürzlich seinen bisherigen Höhepunkt mit der Verankerung der sogenannten Privatinitiative auch im Bereich der Industrie. Die Losung „Bereichert euch“ beherrscht — offiziell — das heutige chinesische Wirtschaftsleben. Da ist es denn in der Tat an der Zeit, Karl Marx ade zu sagen.

Nicht, daß hier der Ort wäre, eine inhaltliche Auseinandersetzung darum zu führen, wie die einzelnen Etappen der Entwicklung Chinas nach der siegreichen Revolution 1949 konkret einzuschätzen wären.

Trotzdem kann man doch folgendes festhalten: Nicht nur, daß es in keinem anderen Land des angeblichen realen Sozialismus solch ein Tempo gegeben hat bei der Entwicklung kapitalistischer Züge in der Wirtschaft; nicht nur, daß die ideologischen Gewänder, in denen diese Veränderungen gerechtfertigt wurden, nirgendwo so platt waren wie im China Teng Hsiao Pings; nicht nur, daß es kein anderes Land das sich sozialistisch nennt gibt, von dessen Entwicklung von Kohl bis Reagan alle Reaktionen im Westen so begeistert sind; es bleibt jetzt auch noch die Tatsache, daß die KP Chinas von allen pseudokommunistischen Parteien am weitesten gegangen ist, bis zur öffentlichen Verabschiedung von Marx eben.

Sicherlich: Die Methode, die sie dabei anwenden, gleicht in vielem dem, was bisher alle benutzt haben, die sich von revolutionärer Politik lossagen wollten. Man nimmt als „Gegner“ nicht etwa den revolutionären Marxismus, nicht etwa sachliche Positionen, sondern baut einen Pappkameraden auf oder benutzt bereits vorhandene. Man verweist auf Dogmatiker, die mit auswendig gelernten Sätzen Politik zu machen versuchen und tut so, als würde man sich von denen abgrenzen. Man versucht, eine Debatte über „ewig gültige Lehren“ zu organisieren, als handle es sich um einen Streit über den päpstlichen Kanon und will sich so als Realpolitiker, Modernisierer oder was auch immer profilieren. Diese Methode benutzt auch die KP Chinas bei ihrem neuesten Schritt. Und die Vermutung liegt nicht weit, daß gerade in China mit der lange

Jahre betriebenen Politik, die immer auch von Ritualen und Floskeln geprägt war, eine solche Vorgehensweise gewissen Erfolg verspricht.

Wo die Herrschenden in Osteuropa zur Rechtfertigung ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse wirtschaftliche Notmaßnahmen aus den frühen zwanziger Jahren noch heute, zwei Generationen später, heranziehen, da gehen die Führer der KP Chinas ganz direkt vor und nennen den Marxismus veraltet. Wo die Herrschenden in der UdSSR und anderswo schamhaft die marxistische These verschweigen, daß der Sozialismus nichts anderes sei, als eine Übergangsstufe zum Kommunismus (umso die Einsicht zu verhindern, daß ihre Politik, daran gemessen, weder als sozialistisch noch als fortschrittlich betrachtet werden kann) da gehen die Führer der KP Chinas ganz direkt vor und nennen den Marxismus veraltet. Und so verhindern sie, oder möchten es, daß auch hundert Jahre nach dem Tod von Karl Marx darüber geredet wird, ob denn die Ausweitung der Warenproduktion, der Ausbau der Geldbeziehungen usw. in irgendeiner Weise mit sozialistischen Absichten zu verbinden seien. Das hat ganz wenig mit Theorie im allgemeinen zu tun, sehr viel aber mit der Frage, welche Ziele mit solcher Wirtschaftspolitik verfolgt werden.

Im Sinne solcher Fragestellungen — und nicht etwa im Sinne des Streits um irgendwelche Prinzipien einer Heilslehre — gibt es allerdings allgemeingültige marxistische Erkenntnisse. Die immer wieder, auch heute, nicht durch Glaubenssätze, sondern durch konkrete Untersuchungen bestätigt werden. Da hilft den Führern der KP Chinas ihr demagogischer Verweis auf Dogmatik und ihr entgegenstehende moderne Anforderungen nicht weiter. Ganz abgesehen davon, daß Teng und Co. selbstverständlich eben nicht marxistische Methoden benutzen und dies auch gar nicht können, da dies ihrer Politik zutiefst widersprechen würde.

Obleich hier nicht der Vergleich zwischen der Politik, wie sie etwa Teng Hsiao Ping in China oder Konstantin Tschernenko in der UdSSR vertraten, angestellt werden soll, muß man doch eines feststellen: Teng ist mit seinem Schritt, die KP Chinas ist mit ihrem Schritt, nicht nur über die anderen herrschenden Klassen in Staaten des sogenannten realen Sozialismus hinausgegangen. Er könnte mit eben diesem Schritt, mit eben dieser viel offeneren Abkehr auch für sich — oder die neuen Herrschenden — einen Feuerzahn entfacht haben. Denn von der Frage der „Überholung des Marxismus“ zur Frage, warum denn dann eigentlich eine sogenannte Kommunistische Partei eine entscheidende Rolle in der Politik zu spielen habe, ist es wirklich nicht weit. Ob damit auch bewußt eine bestimmte Herrschaftsform „angesagt“ werden soll, oder ob dies ein unerwünschtes Nebenprodukt ist — das wird sich noch zeigen. Wahrscheinlich bald.

Bericht über das Dezemberplenium des ZK der KPD

Am letzten Wochenende tagte das Zentralkomitee der KPD. Beraten wurden u. a. folgende Fragen: die Auswertung und Einschätzung der letzten Betriebsratswahlen, Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit, die Situation in verschiedenen Landesverbänden, die Finanzen der KPD.

Betriebsratswahlen

Was die Gesamteinschätzung der Betriebsratswahlen '84 betrifft, läßt sich die Einschätzung des ZK thesenartig ungefähr so festhalten:

- Die DGB-Gewerkschaften haben ihren Einfluß insgesamt gehalten bzw. ausgebaut.
- Spalterorganisationen wie DAG oder CGB haben sich auf altem Niveau gehalten.
- Linksoppositionelle Listen bzw. Blockvorschläge bei Persönlichkeitswahlen sind auf gleichem Niveau geblieben, was ihre Anzahl insgesamt angeht. Die Ergebnisse dieser Listen bzw. Blockvorschläge sind im allgemeinen als Stabilisierung des Einflüßbereichs dieser Gruppierungen zu bewerten.
- Offensiver und direkter als in den vergangenen Jahren griffen die Kapitalisten diesmal in die Wahlen ein. Das Initiieren bzw. die Unterstützung rechter Listen war sehr viel deutlicher.
- Als „Problembereich“ erwies sich der Bereich der Angestellten. Hier waren die Ergebnisse der DGB-Gewerkschaften schlechter und die Unterstützung für rechte Listen größer als im Arbeiterbereich.

Zum Eingreifen der Partei in die Betriebsratswahlen läßt sich folgendes sagen: In knapp 100 Betrieben haben ca. 130 Genossinnen und Genossen der Partei kandidiert. Auf fortschrittlichen Listen und Blockvorschlägen geschah dies zusammen mit 170 anderen Kolleginnen und Kollegen, mit denen ein betrieblicher Arbeitszusammenhang besteht. Von diesen ca. 300 Kandidatinnen und Kandidaten wurde die Hälfte gewählt. Mehr als die Hälfte dieser gewählten Betriebsräte arbeiten in Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten. Das ist in Anbetracht der Größe der Partei ein ganz annehmbares Ergebnis.

Eine ausführliche Analyse und Einschätzung der Betriebs- und Personalratswahlen '84 wird auf Beschluß des ZK in den „Kommunistischen Heften“ 11/85 veröffentlicht.

Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit

Dem ZK lag der Entwurf eines Arbeitslosenprogramms der KPD mit dem Titel „Arbeit für alle“ vor. Anhand dieses Entwurfs diskutierte das ZK über betriebliche Möglichkeiten zur Sicherung von Arbeitsplätzen, über Forderungen zur materiellen Absicherung der Arbeitslosen gegen die Angriffe des Kapitals und der Wenderegierung auf die bestehenden Versicherungssysteme und über Forderungen im Bereich der Arbeitsvermittlung. Einen wichtigen Stellenwert in der Diskussion hatte die Auseinandersetzung mit bestehenden Vorstellungen und Vorschlägen zu Beschäftigungsprogrammen und zu grundsätzlichen Erfordernissen, die ein solches Beschäftigungsprogramm aus unserer Sicht erfüllen müßte. Die Diskussion über diese Problematik wird — zunächst im Politbüro — fortgesetzt.

.....

Außerdem diskutierte das ZK über die finanzielle Entwicklung der Partei im letzten Jahr und verabschiedete einen Finanzplan für das nächste Jahr, der im wesentlichen den gleichen Umfang hat wie im letzten Jahr. Weiterhin diskutierte das ZK über die Situation in verschiedenen Landesverbänden der Partei.

Abschließend möchten wir uns im Namen des ZK bei allen Genossinnen und Genossen für die Arbeit bedanken, die sie 1984 im Rahmen der Partei geleistet haben — beim Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, bei den Betriebs- und Personalratswahlen, beim Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und in vielen anderen Bereichen. Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen erholsame Feiertage und für sie und für die Partei insgesamt ein erfolgreiches Jahr 1985.

Nachruf

Am 1. Dezember verstarb in Weisweiler unser Parteigenosse und Ehrenmitglied Franz Collet im Alter von fast 84 Jahren.

Mit ihm verliert die KPD ein großes Vorbild und einen aufrechten Kämpfer der Arbeiterklasse.

Politisch aktiv war Franz Collet schon mit 13 Jahren. Mit 19 Jahren trat er der SPD bei, die er aber schon nach drei Monaten wieder verließ, weil die SPD die Interessen der Arbeiterklasse nicht kompetent vertrat. Er wurde Mitglied der Thälmann-KPD und ist deren Programm bis zu seinem Tode treu geblieben. Anfang der zwanziger Jahre kämpfte Franz in der Roten Ruhr Armee aktiv mit gegen die bürgerliche Reaktion.

Die Rote Hilfe baute er

mit seiner Frau Hilde 1924 in Weisweiler auf. Diese Ortsgruppe arbeitete bis zum Jahr 1938 trotz Hitler-Diktatur weiter. Gezeichnet von schweren Verletzungen, die er im Ruhrkampf und in Kämpfen mit den Nazis erlitten hatte, blieb er ein Kämpfer für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Trotz der Niederlage in der Revolution vom November 1919, trotz Hitler-Faschismus von 1933 bis 1945 und dem Wiedererstehen des Kapitalismus in der Bundesrepublik Deutschland durch die gleichen Leute, die zuvor Hitler finanziert hatten, hat er nie den Mut verloren und bis zu letzten Stunde an den Sieg der Arbeiterklasse — an den Sieg des Kommunismus geglaubt.

Neue Vereinbarungen zur Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche

Arbeitszeitverkürzung in Berlin Bewährung

Im BMW-Motorradwerk in Berlin wurde der Umsatz in den ersten neun Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent gesteigert. Und dies trotz Produktionsausfall über sieben Wochen wegen der kalten Aussperung!

Der Berliner Betriebsrat hatte in Zusammenarbeit mit dem Gesamtbetriebsrat mit der Firmenleitung vereinbart, daß zwei Wochen Urlaub auf die Aussperungszeit angerechnet werden und die vom alten Betriebsrat noch beschlossene vierwöchige Werksschließung im August vollständig wieder aufgehoben wurde. Statt des Sommerurlaubs mußten die Kollegen nun auch noch an den Samstagen in zwei Schichten je acht Stunden arbeiten, zum Teil als Vorarbeit für die Zeit zwischen den Feiertagen. Hier hat der neue Betriebsrat, die „Mannschaft der Vernunft“, seine Feuerprobe für die Firmenleitung bestanden.

Zur Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche schlägt die Firmenleitung die Bündelung zu freien Tagen ähnlich wie bei VW vor. Dies stößt auch auf Zustimmung in Teilen der Belegschaft. Abgeschlossen wurde aber bisher noch nichts. Die Vertrauensleute sollen erst mal ihre Kollegen befragen und dann soll der Firmenleitung Gelegenheit gegeben werden, auf einer der nächsten Vertrauenskörpersitzungen ihre Vorstellungen zu

propagieren!

So gut hat sich die vertrauensvolle Zusammenarbeit seit dem Rausschluß der ehemaligen Betriebsräte Rainer Knirsch und Peter Vollmer, sowie des IG-Metall-Vertrauensmannes Hans Köbrich im April 84 entwickelt.

Freischichten

Die Geschäftsführung der Deutschen Vergaser Gesellschaft — Solex — in Berlin will durch eine gezielte Umfrage unter den Kollegen die Zustimmung zu folgender Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche erreichen: Die Arbeitszeitverkürzung soll zu sieben Freischichten zusammengefaßt werden. Über den Zeitpunkt entscheidet bei der Hälfte der Freischichten die Geschäftsführung, bei der anderen Hälfte die Kollegen selbst.

Unter den Kollegen — hauptsächlich Frauen — herrscht der Wunsch vor, jeden Freitag 1,5 Stunden eher Feierabend zu haben oder auch jeden zweiten Freitag 3 Stunden. Sie arbeiten vorwiegend in Normal-schicht. 18 Minuten pro Tag wird strikte abgelehnt, da dann durch Leistungsverdichtung der volle Akkord wie vorher geschafft werden muß (die volle Tagesleistung!).

Die Geschäftsführung will demnächst einen konkreten Vorschlag vorlegen.

18 Minuten

Die Konzernleitung von Ford schlägt auch für das Berliner Kunststoffwerk eine tägliche Verkürzung der Arbeitszeit um 18 Minuten vor, und hofft bei dieser Regelung, ohne große Mehrkosten Umsatz und Ar-

beitsplätze auf dem alten Stand zu halten.

Der Berliner Betriebsrat hat gemäß dem Wunsch der Belegschaft rollierende Freischichten jeweils nach 27 Arbeitstagen vorgeschlagen. Denn nur so hält er es für möglich, daß nicht die ganze Arbeitszeitverkürzung durch Leistungsverdichtung aufgefangen wird und wenigstens einige neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Die Geschäftsleitung lehnt kategorisch ab. Die Verhandlungen sind vorerst einmal gescheitert. Offen ist, ob der Gesamtbetriebsrat von allen Werken beauftragt wird, zentral die Einigungsstelle anzurufen mit dem Ziel, rollierende Freischichten zu vereinbaren.

Solidarität

Auf der Vertreterversammlung der IG Metall in Berlin (50000 Mitglieder) wurde mit überwältigender Mehrheit ein Initiativantrag zur Unterstützung der seit 8 Monaten im Streik stehenden britischen Bergarbeiter angenommen.

Zwei Tage vorher hatte Joe Holmes (von der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM) auf einer kleineren Veranstaltung der HBV, GEW und der Buchergilde Gutenberg im DGB-Haus über den unermüdlichen und konsequenten Kampf der britischen Bergarbeiter aus erster Hand berichtet. Mehr als 6000 Mark Spenden wurden dort zur Unterstützung der NUM an Joe Holmes übergeben.

Zur Jahrestagung des BDA Verfassungsbeschwerde der Arbeitgeber

Die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie haben am 6. 12. 84 Verfassungsbeschwerden gegen die Warnstreikurteile des Bundesarbeitsgerichts eingelegt, in denen der IGM die Rechtmäßigkeit dieser Streikaktionen bescheinigt worden waren, darunter auch die „Neue Beweglichkeit“.

Die Klage richtet sich gegen zwei Bestandteile des BAG-Urteils. Einmal wehren sich die Kapitalistenverbände dagegen, daß vom BAG geurteilt worden war, daß sie selbst überhaupt nicht klageberechtigt als Verbände seien, sondern immer nur der einzelne Unternehmer.

Damit, so die Unternehmer, sei ihre „Koalition schutzlos einem rechtswidrigen Beugedruck der Gewerkschaft ausgesetzt.“ Insbesondere betonen sie, daß: „Wenn durch § 823 Abs. 1 BGB das Persönlichkeitsrecht und das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb als sonstige Rechte geschützt werden, muß dies in gleicher Weise auch für die Rechtsstellung gelten, die im Hinblick auf den durch Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz geschützten Aufgaben- und Funktionsbereich einer Koalition besteht.“

Mit diesem Verweis auf den § 823 BGB waren vor kurzem Urteile gegen IG Druck und Papier und ihre Mitglieder in Köln wegen Betriebsblockaden ergangen — in denen wurden diese Blockaden als rechtswidrig beurteilt.

Der zweite Punkt ist die direkte Verurteilung der „Neuen Beweglichkeit“, den die Unternehmer versuchen durchzusetzen.

So schreiben sie: „Solange ein Arbeitgeberverband mit der Tarifgegenseite über einen Vertrag verhandelt, ist eine Aussperung durch einzelne Verbandsmitglieder praktisch nicht in Betracht zu ziehen. Solange

noch eine Chance der Einigung vor dem Scheitern der Verhandlungen besteht, ist nicht zu erwarten, daß die unter Umständen weitgehenden Nachteile und Schäden, die aus einer Aussperung entstehen könnten, von einzelnen Arbeitgebern in Kauf genommen werden.“

Daraus schlußfolgern sie, daß somit die „Kampfparität“ nicht mehr gegeben sei und damit die „Ultima-Ration-Logik“ (Streik als letztes Mittel) unterhöhlte würde.

Dieser Schritt der Unternehmerverbände zeigt zweierlei. Zum einen haben sie sich nicht damit abgefunden, ihre Ziele der Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung in dieser Tarifrunde nicht durchgesetzt zu haben. Sie setzen offensichtlich auf eine „Urteilsfindung“ zu ihren Gunsten.

Zum anderen wird damit deutlich, daß die Frage eines gesetzlichen Verbots der Aussperung nach wie vor aktuell ist. Der dazu vorliegende Gesetzentwurf der Grünen wird in 2. und 3. Lesung im Frühjahr im Bundestag behandelt werden. Die eingereichte Klage ebenso wie die Überlegungen über eine gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts grundsätzlich machen deutlich — es hilft nicht vor der Drohung mit dem Verbandsgesetz zu zittern und den Kopf in den Sand zu stecken — offensive politische Verteidigung des Streikrechts und offensive politische Arbeit der Gewerkschaften für ein Verbot der Aussperung tun not!

Arbeitszeitverkürzung adé? Dritte Schicht in Bl



Im letzten Monat wurden im Betrieb I an den Pressestraßen Sann und Birkhahn die 3. Schicht eingeführt. Diese Regelung soll bis November, bzw. bei einer Pressestraße bis März 85 laufen. Nach den neuesten Informationen allerdings, wird es in der Pressestraße IV vorher gestoppt. Der erhoffte BMW-Auftrag ist wohl trotz der Nachtschicht der Kollegen bei Birkhahn und Sann vorerst futsch!

Als Begründung für die 3. Schicht gab die Geschäftsleitung „Aufträge von Daimler-Benz und BMW“ an, die nur über diese Anlagen laufen könnten. Als weitere Maßnahme zur Abwicklung dieser Aufträge sollten neue Leute fest eingestellt, bzw. aus Zeitverträgen fest übernommen werden.

Tatsache ist aber, daß es sich bei diesen Aufträgen um hochwertige Karosserieteile handelt, wie sie Thyssen bisher selten von den Autofirmen bekommen hat. So mag es auf der Hand liegen, daß die Geschäftsleitung mit der Abwicklung dieser Aufträge beweisen will, diese ebenso gut wie die Herstellung von Fahrwerksteilen zu bewältigen. Und um natürlich in Zukunft weitere solche Aufträge zu bekommen. Daher scheint die als „vorübergehend“ bezeichnete Einführung der 3. Schicht mehr als fragwürdig.

Der Trend, durch höhere Auslastung der Maschinen und Anlagen größeren Profit zu machen, ist eine bekannte Tatsache. Je mehr rationalisiert wird, und je mehr teure und komplizierte Anlagen angeschafft werden, desto stärker wird auch das Bestreben der Unternehmer sein, diese Anlagen optimal auszunutzen.

Unbestritten ist aber auch, daß Schichtarbeit, insbesondere Wechsel- und Nachtschichten bei den betroffenen Kollegen zu erhöhtem Stress führt, d.h. die körperliche und nervliche Anspannung ansteigt. Insgesamt sind Schichtarbeiter wesentlich krankheitsanfälliger. Eine Gefahr, die auch durch Schicht- und Nachtarbeitszulagen nicht ausgeglichen werden kann.

Grundsätzlich muß als all diesen Gründen Schichtarbeit abgelehnt werden. Betriebsräte müssen hier alle Mittel ausschöpfen, damit Schichtarbeit nicht weiter ausgedehnt wird.

Im letzten Monat hat die Geschäftsleitung dem Betriebsrat die Zustimmung zur 3. Schicht quasi abgepreßt. Und zwar mit der Drohung, daß sonst in Zukunft nicht genügend Aufträge hereinkämen. Mit dem Argument der „Dringlichkeit“ lassen sich aber immer wieder nicht

nur Überstunden, sondern auch zusätzliche Schichten begründen.

Aber auch aus anderen Erwägungen war der Betriebsrat bei seiner Zustimmung zur 3. Schicht schlecht beraten. Etliche Betriebsratsmitglieder müssen sich die Frage gefallen lassen, wie weit sie eigentlich dem Arbeitgeber in Zukunft noch entgegenkommen wollen. Bis zum April 85 müssen nämlich Betriebsvereinbarungen abgeschlossen sein, um die im neuen Tarifvertrag vereinbarte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,5 Stunden zu regeln. Von Seiten der Unternehmer werden derzeit etliche Vorschläge unterbreitet, mit denen sie die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen oder in ihrem Sinne abzumildern versuchen. Teilweise sind schon in einigen Großkonzernbetrieben Vereinbarungen ausgehandelt worden, mit denen man den Kollegen die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung abgekauft hat. So gibt es neben der Verlängerung von Pausen zusätzliche Freischichten, also zusätzliche Urlaubstage. Welche Schwierigkeiten hier zu erwarten sind, konnte man vor einiger Zeit einem Zeitungsbericht entnehmen (NW vom 10. 10. 84):

Bei Ausweitung der Schichtarbeit ist es nicht ausgeschlossen, daß auch bei Thyssen solche Vorschläge auf den Tisch kommen.

Wir sollten uns darüber klar werden, daß Schichten-, Pausen- oder Freitagregelungen einer generellen wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung erst einmal einen Riegel vorschieben. Von einer erfolgreichen Fortsetzung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche in den nächsten Jahren gar nicht zu denken.

Vergessen sollten wir auch nicht, daß die IG Metall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche deshalb in die letzte Tarifbewegung eingebracht hat, um eine gesundheitliche Entlastung für alle Kollegen zu erreichen. Wobei gleichzeitig ein beschäftigungswirksamer Effekt zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beabsichtigt worden ist.

Daher darf es nur Betriebsvereinbarungen geben, womit die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung möglich wird und wobei ganz klar gleichzeitig mit den Unternehmern über die entsprechenden Neueinstellungen verhandelt wird, die durch die Arbeitszeitverkürzung ja irgendwo notwendig werden. Alles andere würde bedeuten, daß die Tür zur 35-Stunden-Woche, die jetzt noch offen steht, erst einmal zugeschlagen wird.

Die Glosse

Aus einem Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe Hoesch: Der Vorstand hat sich im November auf seinen Sitzungen zweimal mit den letzten Belegschaftsversammlungen beschäftigt und sich bei den Betriebsratspräsidenten bitter darüber beschwert, daß er von den Diskussionsrednern zu heftig kritisiert worden sei. Dazu liegt jetzt folgender Beschluß des Vorstandes auf dem Tisch:

Betr.: Belegschaftsversammlung
Zukünftiger Ablauf

Dr. Könitzer 12/84

Nach Hissung der Hoesch-Flagge — blaues H im Kreis — wird das Hallenlohn von Hoesch gespielt und der verfahrenen Mehrarbeit gedacht.

Unter dem Trommelwirbel einer Heeresmusikkapelle sollen, der Arbeitszeitverkürzung entsprechend, 24 Minuten lang die Hände angelegt und die Köpfe gesenkt werden.

Nach den gemeinsam gesprochenen und mehrfach wiederholten Texten „Nie wieder Streit“ und „Froh zu sein, bedarf es wenig“ ist der sogenannte Bußteil der Versammlung beendet.

Danach soll der berühmte Rohwedder-Chor unter Leitung des Obervertrauensmannes Dr. Heese das bekannte Lied von der Produktivitätsspitze in der Stahlindustrie anstimmen, begleitet vom Japan-Experten König, der den Refrain vorsingt mit dem Text: „Üb' immer Treu und Redlichkeit, zwei Pfennig Prämie zahl ich gleich!“

Dieser kurze Hoffnungsteil der Versammlung soll abgeschlossen werden mit einem kräftigen „Sag ja!“ der gesamten Belegschaft.

Im Dankesteil der Versammlung singen zunächst die Vorstandsmitglieder der Stahl AG das alte, aber immer wieder aktuelle Lied: „Nun danket all und bringet mehr!“

Nach der letzten Strophe fassen sich alle Anwesenden bei den Händen und sprechen andächtig: „Händchen halten, Köpfchen senken, einzig nur an Hoesch noch denken!“

Unter den leisen Klängen des Weihnachtsliedes „Süßer die Kassen nie klingen“ soll die Versammlung zu Ende gehen...

gez. Der Vorstand

Beinahe 400 Unterschriften von Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären sind bisher für den untenstehenden Aufruf bei den beiden Adressen eingegangen. Ganze Betriebsräte gehören ebenso zu den Unterzeichnern wie Betriebsräte aus großen Werken. (Von einer Reihe Betrieben und Städten liegt noch nichts vor — da sind sicherlich noch größere Reserven, wo man vor Weihnachten noch die- bezüglich aktiv werden sollte — dies als Hinweis an unsere Leser!)

Initiative fordert: Kohl — Rücktritt und Neuwahlen

Bundesweit verbreitet wird in diesen Tagen der folgende Aufruf von Betriebsräten, Personalräten und gewerkschaftlichen Aktivisten. Er zieht die Schlußfolgerung aus der „Flick-Affäre“, daß Kohl zurücktreten und Neuwahlen angesetzt werden sollen. Bisher haben ihn rund 100 Betriebsräte usw. unterschrieben. Weitere Unterschriften aus diesem Kreis der Arbeiterbewegung sollen nun gesammelt werden — wir rufen unsere Leser dazu auf, sich massiv zu beteiligen! Nach Sammlung einer größeren Zahl von Unterschriften soll der Aufruf in größerem Rahmen veröffentlicht und den Fraktionen von SPD und Grünen zugeleitet werden.

Weitere Unterzeichner, Unterschriftenlisten können an folgende Adressen geschickt werden:

Klaus-Dieter Raabe, Bielenbergstr. 36, 23 Kiel 14 und

Wolfgang Zimmermann, Neustraße 10, 4018 Langenfeld

Im Folgenden der Text des Aufrufs:

Die bisher bekannt gewordenen Tatsachen in der Affäre Flick haben ergeben:

- Zahlreiche Spitzenpolitiker vor allem der Regierungskoalition haben enorme Zuwendungen vom Flick-Konzern erhalten: Bundeskanzler Helmut Kohl über 650 000 Mark, Außenminister Genscher über eine Million Mark, der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erheblich über eine Million Mark. Insgesamt belegen die bislang bekannt gewordenen Unterlagen aus dem Flick-Konzern Zuwendungen an die Parteien der Regierungskoalition von über 21 Millionen Mark.
- Bundeskanzler Helmut Kohl ist nicht in der Lage, die Behauptung, sein Weg an die Spitze der CDU und damit letztlich auch ins Bundeskanzleramt sei von Flick freigekauft worden, glaubwürdig zu entkräften.

Für uns Betriebsräte, Personalräte und gewerkschaftlich Aktive sind Politiker als Amtsinhaber nicht tragbar, die kalt Ausgesperrten Zahlungen der Arbeitsämter vorenthalten, selbst aber ihre Spitzengehälter durch Konzern„spenden“ aufbessern. Deshalb fordern wir:

- Orientierung aller Fakten in der Flick-Affäre und zum gesamten Filz Großkapital/Politik;
- den Rücktritt von Bundeskanzler Helmut Kohl;
- Neuwahlen zum Bundestag.

Wir wenden uns insbesondere an die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN mit der Aufforderung, diese Forderungen zu unterstützen und dafür parlamentarisch initiativ zu werden.

Erstunterzeichner:

Helmut Born (Betriebsrat, HBV, Düsseldorf); Hermann Dirkes (Ersatzbetriebsrat, IG Metall, Duisburg); Eilly Glöß (Betriebsrätin, IG Metall, Nürnberg); Peter Koch (Betriebsrat, IG Druck & Papier, Stuttgart); Gerd Lux (Betriebsrat, IG Metall, Westberlin); Christian Matthiessen (Betriebsrat, IG Metall, Hamburg); Jakob Moneta (ehem. Chefredakteur der „metall“, Frankfurt); Klaus-Dieter Raabe (Betriebsrat, IG Metall, Kiel); Martin Rausch (Betriebsrat, IG Chemie Papier Keramik, Köln); Wolfgang Zimmermann (Personalratsvorsitzender, ÖTV, Langenfeld).

Kongreß der IGBE

Der Adolf hat's gerichtet!

„Und das will etwas heißen, wenn man bedenkt, daß allein im Ruhrgebiet von 141 Zechen, die es Ende der 50er Jahre gab, nur noch 25 übriggeblieben sind, und gleichzeitig die Zahl der Bergarbeiter von 496 000 auf etwa 130 000 zurückgegangen ist.“ Dieser Ausschnitt aus einem Kommentar des Unternehmerblatts „Handelsblatt“ zum IGBE-Kongreß beleuchtet einen Hintergrund, vor dem dieser 13. Kongreß stattfand.

Der Tagungsort, Dortmund, ist selbst Beispiel für die Politik der letzten Jahrzehnte. Von einst 21 Schachtanlagen existiert noch eine, eine zweite ist bei den letzten Kohlerunden — ähnlich wie die Zeche und Kokerei Erin in Castrop — den gemeinsamen Schließungsbeschlüssen zum Opfer gefallen.

Ja, den gemeinsamen Beschlüssen, den A. Schmidt stellte in seinem Bericht vor den rund 300 Delegierten dazu fest:

„Wir mußten die Aufgabe von Teilen der Kapazität akzeptieren und mittragen, um größere Gefahren vom Ganzen abzuwenden. (...) Wir wollten — wie immer — nicht reagieren, sondern — wie immer — agieren, aktiv mitgestalten, nicht nur verkünden, wogegen wir sind, sondern ganz konkret auch sagen, was wir wollen. (...) Wermutstropfen im Kelch dieser Erfolge war allerdings die Stilllegungsentscheidung über die Schachtanlage „Erin“ bitter und schmerzhaft für die Betroffenen, und doch zugleich auch Sinnbild für eine einmalige Leistung der kleinen, aber wirksamen Solidargemeinschaft Steinkohlenbergbau!“ (Tagungsprotokoll — TP — S. 37) Diese durchgängige Haltung — eben nicht nur von A. Schmidt — sondern der überwältigenden Mehrheit der Delegierten — schließlich wurden er wie alle anderen Hauptvorstandsmitglieder mit Ergebnissen um die 280 von 300 Delegiertenstimmen gewählt — Schmidt gar mit 299 von 300 — zeigte sich auch in der Stellungnahme zu dem britischen Bergarbeiterstreik. In seinem Bericht nahm Schmidt so Stellung:

„Unter Gewährleistung der sozialen Sicherheit für unsere Mitglieder und ihre Familien ertragen wir operative Eingriffe in Teilen, um das Ganze zu sichern und zu retten. (...) In unserem Land und in Großbritannien werden die Beschäftigten im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie von mehreren Gewerkschaften vertreten: von der IG Metall, der IGBE in der Bundesrepublik Deutschland, der Steelworkers Union und der National Union of Mineworkers wie der NACODS im Vereinigten Königreich. Alle fünf Gewerkschaften sind zur Bewältigung der Kohlen- und Stahlkrise bisher den gleichen (...) Weg gegangen: unvermeidbare betriebswirtschaftliche Anpassungen bei ausreichender sozialer Flankierung. Auch die NUM! Erst die neue Führung, die seit 1982 im Amt ist, hat sich für eine andere Politik entschieden.“ (TP S. 41/42)

In der Aussprache über die Berichte der Hauptvorstandsmitglieder — in der es praktisch nur Lob für die Tätigkeit gab, neben Kritik an der Politik der Bundesregierung wegen sozialer Unausgewogenheit und dem Versuch der Schwächung der DGB-Gewerkschaften wegen der geplanten Änderung am Betriebsverfassungsgesetz und der Einrichtung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte — wurden vom Delegierten Bückle, Bezirk Ruhr-Ost eine Reihe kritischer Anmerkungen zur Haltung der IGBE zum

Bergarbeiterstreik gemacht. So sagte er u. a.: „Die Vorredner haben davon gesprochen, daß wir ‚englische Verhältnisse‘ hier bei uns verhindern wollen. Dieser Begriff ist zwar hier politisch wirkungsvoll; erklärt aber die Verhältnisse in England nicht. Im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik dort wurde die Frage der Solidarität mit den unterschiedlichen Wegen zur Bewältigung von Problemen angegeben. Nur, die englischen Kollegen hatten und haben nie die Wahl gehabt, unseren Weg zu gehen. (...) Der derzeitige Streik über neun Monaten andauernde Streik hat längst die Form einer Tarifaufeinandersetzung verlas-

diesen Diskussionsbeitrag — in dem u. a. auf die zweimalige Zahlung von 30 000 Mark verwiesen wird — betont Schmidt die Haltung der IGBE-Führung: „Wir werden keinen Millimeter unseres Einflusses ohne Not aufgeben oder abgeben. Wenn das anderswo geschieht, mag es sein, aber bitte nicht auf unsere Kosten.“ (TP S. 142)

Diskussion um Energiepolitik

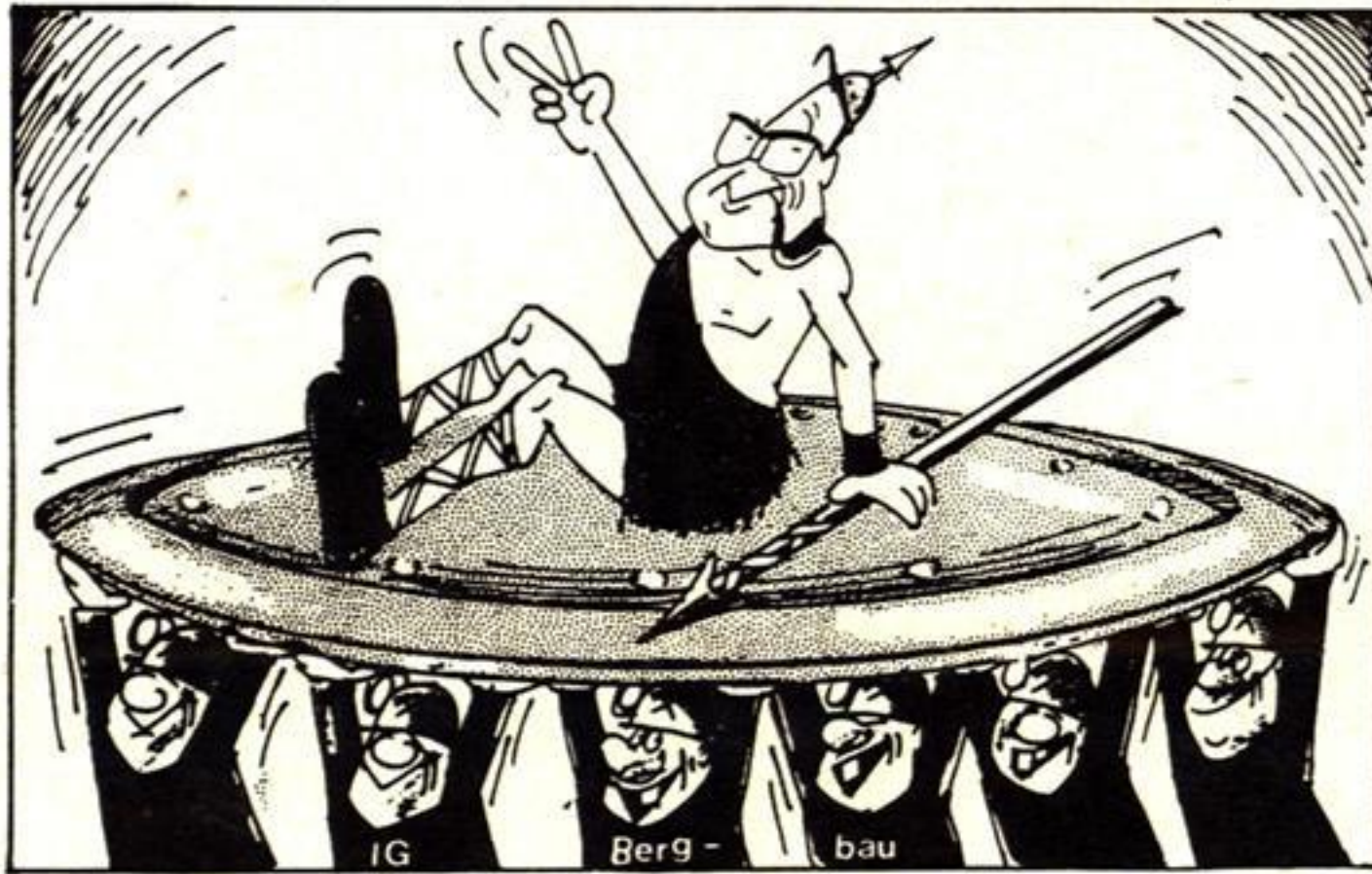
„Die Argumentation mutet zeitweise seltsam bekannt an: Sie erinnerte an Reden der Vertreter großer deutscher Stromkonzerne“ — so kommentierte die „Frankfurter Rundschau“ diesen Teil der Kongreßdebatte. In der Tat — kritische Debatte um die Zukunft — und Lehren aus der Vergangenheit — der Kohle waren nicht gefragt — jedenfalls nicht über das Beschwören von Kameradschaft hinaus.

So blieben Äußerungen wie

tig wäre. Denn die eingangs genannten Zahlen des Belegschaftsabbau, der Zechenschließungen usw. sind ja nicht vom Himmel gefallen, sie waren bewußte Kapitalentscheidungen — zwecks Höchstprofit durch andere Energien und ihre Anwendung.

So waren die Mehrzahl der Debattenredner auch eher erpicht gegen die „überzogenen“ Umweltsprüche zu polemisieren, als tatsächlich gegen die eine Strategie zu entwickeln, die seit Jahren für den Abbau der Kohleförderung praktisch tätig sind.

Auch der Antrag des Hauptvorstandes zur Energiepolitik zeichnet sich durch solcherlei Unverbindlichkeit aus, siehe Kasten. Auch die positive Stellungnahme der IGBE-Führung zur Kernenergie taucht direkt nicht auf — spielte allerdings auch in den Debatten keine große Rolle — die zumindest in Teilen der IGBE unterstützten Ak-



Die Schild-Knappen

des Delegierten Oberschild, Bezirk Ruhr-Nordost, selten, der darauf hinwies: „Es sind die Veba, die Preussag, es sind Stinnes und die Ruhrkohle AG und viele andere mehr, um nur einige zu nennen, die sich in Amerika, in Südafrika, in Australien eingekauft haben — zum Teil sogar in den 70er Jahren von uns bejubelt, wenn ich daran erinnern darf — und die hier der eignen Steinkohle, denn hier sind sie natürlich auch Anteilseigner, einen rücksichtslosen und tödlichen Wettbewerb liefern — meiner Meinung nach ein volkswirtschaftliches Vergehen ersten Ranges. Und in den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften sitzen unsere Politiker und sitzen auch Gewerkschafter — eine traurige Feststellung.“

Unsere Kindschinder werden einmal fragen, wenn sie in den Schulen die Geschichte des deutschen Bergbaus studieren: Was waren das für Politiker, was war das für eine Energiepolitik, die den heimischen Bergbau Schritt für Schritt sterben ließ und den Profitinteressen einiger weniger freien Lauf ließ? Sie werden sich fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Warum hat sich der Bergmann, warum hat sich seine Gewerkschaft nicht so massiv wie damals in den 50er Jahren gegen diese tödliche Bedrohung (...) gewehrt? (TP S. 103)

Überhaupt wurden die nationalen bzw. internationalen Energiemonopole und Profiteure — sowohl der Öl- wie der Kernkraftseite — auf diesem Kongreß nirgends auf der Anklagebank — so wie es eigentlich den Tatsachen entsprechend nö-

tivitäten der Anti-Kernenergie-Pro-Kohle-Initiative scheint auch eingeschlafen — zumindest nicht mehr in Anträgen oder Delegierten vertreten. Die interessantesten Beiträge dazu kamen von den Delegierten Priem, Bezirk Rheinland, Robbe, Ruhr-Ost und Dickmeis, Bezirk Rheinland.

So stellte Priem fest: „Darüber hinaus bemüht sich der EBV — und hier kommt etwas ganz Besonderes für uns —, im Fernwärmemarkt Fuß zu fassen. Da gibt es allerdings Schwierigkeiten. Die bisherigen Ergebnisse sind nicht gerade ermutigend. Zum Beispiel gibt es bei dem Bau des Heizkraftwerkes in der Stadt Aachen die größten Schwierigkeiten. Da soll die politische Entscheidung am 20. Dezember fallen. Ob dies zu unseren Gunsten ausfällt, daß wir das Heizkraftwerk da bauen können, muß abgewartet werden.“

Dieses Heizkraftwerk soll nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Koppelung gebaut werden. Dagegen gibt es immer noch erhebliche Widerstände bei den Kommunalpolitikern, die sonst keine Gelegenheit auslassen, ihre Verbundenheit mit dem Bergbau in Sonntagsreden zu betonen. Hier werden oft umweltpolitische Gesichtspunkte vorgeschoben, wenn es darum geht, Erdgas über städtische Versorgungsunternehmen mit Gewinn zu verkaufen. Ihr wißt ja wohl alle, wie das ist, wenn einmal die Stadt ein Monopol hat und auch davon abschöpfen kann, dann geht das alles in den Stadtsäckel, und dann sind die Politiker eben wieder anders. Kollegen, ich weiß, wovon

ich spreche. In der Nachbarschaft von uns liegt die Kernforschungsanlage Jülich. Da gibt es Leute, die haben auch auf öffentlichen Veranstaltungen erklärt: Hier wird ein Gebilde nur noch künstlich am Leben erhalten. Wenn solche Leute die Mehrheit finden, dann ist unser Bergbau zu Ende. Das gilt nicht nur für uns, sondern für den gesamten Steinkohlenbergbau, vielleicht auch für die Braunkohle. Für uns gilt es, solchen Leuten das Handwerk zu legen.“ (TP S. 184/185)

Robbe: „Ein Mehrabsatz von 10 Millionen Tonnen SKE pro Jahr auf dem Wärmemarkt muß erreicht werden. Dann hätte die Steinkohle auf diesem Markt erst einen Anteil von nur 14 Prozent. Aber wir hätten bessere Versorgungsstrukturen, mehr Versorgungssicherheit und eine bessere Sicherheit der Arbeitsplätze im deutschen Steinkohlenbergbau.“

10 Millionen Tonnen scheinen ein ehrgeiziges Ziel zu sein. Aber man muß bedenken, daß allein in den öffentlichen Gebäuden des Bundes, der Länder und Gemeinden noch heute jährlich 5 Millionen Tonnen SKE Heizöl und — man staune — nur 0,2 Millionen Tonnen Kohle eingesetzt werden. (Zuruf: Hört! Hört!) — Da muß doch für den Bergbau wohl mehr zu gewinnen sein. Bund, Ländern und Gemeinden sollten sich zu einer Gemeinschaftsaktion zusammenfinden. Schon allein dadurch könnte ein bedeutender Teil der Zielsetzungen auf dem Wärmemarkt erreicht werden. Insbesondere in der heutigen Zeit knapper Finanzmittel und öffentlicher Sparlichkeit, die tief ins soziale Netz schneidet, darf man die erheblichen Kostensenkungen, die mit der Umstellung der Wärmeversorgung auf Kohle gerade im öffentlichen Bereich möglich sind, nicht länger übersehen.“ (TB S. 188)

Dickmeis: „Ich will nicht verhehlen, daß der Zuwachs beim Atomstrom in den nächsten Jahren uns einige Sorgen bereiten kann. Immerhin ist der Stromzuwachs aus den Atomkraftwerken in 1984 gegenüber 1983 um über 40 Prozent gestiegen. Wenn wir wissen, daß rund 12 000 MW noch im Bau sind und bis 1990 ans Netz gehen, können schon einige Probleme auf uns zukommen. Auch wir werden meines Erachtens nicht umhin können, dazu auch einige kritische Anmerkungen zu machen. Wenn nicht Prioritäten zugunsten der Kohle gesetzt werden, könnte unsere Kohlevorrangpolitik in Gefahr geraten.“ (TP S. 192)

Zusätzlich wichtig erscheint, daß bei den Begrüßungsreden der Politiker deutlich wurde, in welche Richtung die Entwicklung der Kohle gehen soll. So stellte Bundeskanzler Kohl — nach dem Kongreß der IG Chemie besuchte er mit der IGBE die zweite der „Fünferbanden-Gewerkschaften“ im DGB — sagte:

„Eine zusätzliche Option für die Kohleveredlung eröffnet sich nicht zuletzt im Bereich des Hochtemperaturreaktors, den die Bundesregierung früher wie heute mit großem finanziellen Einsatz gefördert hat. Meine Damen und Herren, wenn es gelingt, mit diesem Verfahren erzeugte Wärme für die Kohleveredlung zu nutzen, dann wäre dies ein weiteres Beispiel dafür, daß sich Kohle und Kernenergie optimal ergänzen können.“ Das Tagungsprotokoll vermerkt hierzu auf S. 25 „vereinzelt Beifall“. Angesichts der absehbaren Entwicklung — verstärktes ans Netz gehen von Kernkraftwerken, Aufschieben des Baus

von Kohlekraftwerken, ist dieser Bau wohl nur als Beifall zur eigenen Beerdigung zu verstehen. Die eigentliche Notwendigkeit — Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis, damit auch die Sicherung und der Ausbau von industriellen Arbeitsplätzen im Bergbau, in den Zulieferindustrien usw. — ein solches Programm hätte einer Industriegewerkschaft nicht nur gut zu Gesicht gestanden — es hätte auch eine Perspektive gezeigt — eine lohnende, eine zukunftsträchtige und nicht zuletzt eine Perspektive, die die Perspektive eines Kampfes zur tatsächlichen Sicherung von Arbeitsplätzen geboten hätte. Doch dazu ist es offensichtlich innerhalb der IGBE noch ein weiter Weg.

In der nächsten Ausgabe des Roten Morgen werden wir uns noch mit einigen anderen Aspekten der Politik der IGBE abschließend beschäftigen — so mit der Stellung zum Frieden, zu Lohnfragen usw.

Antrag:

Der 13. Gewerkschaftskongreß möge beschließen: Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wird beauftragt,

- sich weiterhin konsequent dafür einzusetzen, daß der Vorrang der heimischen Kohle in der Energiepolitik unseres Landes gesichert und weiter ausgebaut wird;

- mit Nachdruck für eine Politik einzutreten, die dem Kohlenbergbau die zur Erfüllung seiner Aufgabe als stets sicherer und zuverlässiger Energie- und Rohstofflieferant dringend erforderlichen, langfristigen und sicher kalkulierbaren Entwicklungsgrundlagen gibt;

- weiterhin beharrlich bei den Verantwortlichen in Politik und Unternehmen für eine Verminderung des Einsatzes von Importkohle und für einen Schutz der heimischen Steinkohle vor einer Verdrängung durch eingeführte Kohle einzutreten;

- dafür Sorge zu tragen, daß die Nationale Steinkohlereserve als wertvolle Energiereserve der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleibt;

- konsequent mit seinen Mitteln und auf seinen Wegen für einen verstärkten Einsatz der heimischen Steinkohle im Wärmemarkt einzutreten und dabei in besonderem Maße das Gespräch mit der öffentlichen Hand zu suchen;

- die Bemühungen um Anschlußregelungen für den auslaufenden Hüttenvertrag und den Absatz von Koks und Koks-kohle in den bisherigen Absatzgebieten auf der Basis des bewährten Instrumentes der Koks-kohlenbeihilfe fortzusetzen;

- darauf zu drängen, daß der Kohle Gelegenheit gegeben wird, durch neue Veredelungsverfahren in Anwendungsgebiete vorzudringen, die bislang dem Erdöl und Erdgas vorbehalten sind, und die notwendige finanzielle Hilfe einzufordern;

- im gemeinsamen Bemühen mit den Verantwortlichen den politisch sinnvollen und wirtschaftlich vernünftigen Einsatz der heimischen Steinkohle in der Elektrizitätserzeugung auf der Grundlage des Jahrhundertvertrages zu verlängern;

- in besonderem Maße darauf hinzuwirken, daß der Braunkohlenbergbau als unübertroffen preisgünstiger und zuverlässiger Primärenergieträger seinen bisherigen Versorgungsbeitrag aufrechterhalten kann;

- darauf zu achten, daß die bergbauspezifischen Systeme der sozialen Sicherung weiterhin in bewährter Weise Anwendung finden.

Treffen des „Frankfurter Appell“ Nach dem Marsch — wie weiter?

Am vergangenen Wochenende fand in Frankfurt die erste Sitzung des bundesweiten Koordinationsausschusses „Frankfurter Appell“ nach dem Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik (29.9.—13.10.84) statt.

40 Personen repräsentierten örtliche Initiativen und Bündnisse bzw. Parteien aus dem ganzen Bundesgebiet.

Schon dadurch wurde das starke Interesse an der Weiterarbeit im Sinne des Frankfurter Appells dokumentiert, wenn sich auch, wie in den Diskussionen an diesem Wochenende mehrfach betont wurde, alle darüber klar sind, daß gesellschaftlich wichtige Organisationen und Gruppen (derzeit) nicht in Frankfurt vertreten sind.

An überregional arbeitenden Parteien bzw. politischen Organisationen waren u. a. vertreten: DKP, GIM, KB, KPD, Juso, SDAJ, Volks-

dinationsausschuß keinen Rückhalt, wenn auch z. B. die Jusos einen ähnlichen Standpunkt einnehmen; verständlich, wenn man bedenkt, daß die IAF viel Wert auf „Lobbyarbeit“ bei der SPD legt. Die IAF wird dennoch von allen als wichtige Organisation angesehen (in der IAF selbst gibt es auch Stimmen gegen die Position des genannten Papiers), auf die weitere Mitarbeit der IAF wird Wert gelegt.

Die KPD hatte eine kurze Auswertung des Marsches aus ihrer Sicht in einem Diskussionspapier vorgelegt, in dem auch Überlegungen für die Weiterarbeit des Ausschusses und mögliche politische



Während des Marsches

front, DDF, FEDEF, Griechische Gemeinde...

Bewertung des Marsches

In der Bewertung des Marsches, über die am ersten Tag des Treffens sehr ausführlich — mit detaillierten Beispielen und recht gründlich belegten politischen Auswertungen anhand der jeweils gemachten Erfahrungen — gesprochen wurde, waren sich die Anwesenden im wesentlichen einig: Der Marsch muß als Erfolg gewertet werden, immer im Bewußtsein der gegebenen schwierigen Lage im Kampf gegen ausländerfeindliche Politik und der Tatsache, daß sich eine wirkliche politische Bewegung dagegen erst zu entwickeln beginnt. Der Marsch hat zu neuen Initiativen und dem Aufbau bzw. der Stärkung/dem Ausbau bestehender Bündnisse an den Orten und zum Teil auch überörtlich geführt, hat das Bewußtsein von der Notwendigkeit auch bundesweiter Zusammenarbeit gefördert. Für viele war der Marsch tatsächlich eine Chance, sich zum ersten Mal in eine (größere) politische Aktion einzubringen. Als besonders wichtig wurde von den meisten der Umstand angesehen, daß es in wesentlich größerem Maße gelungen ist, in gewerkschaftliche Kreise hineinzuwirken, als dies vorher der Fall war.

Als Vertreterin einer wichtigen Gruppe, die sich in der Zeit der Marschvorbereitung schließlich gegen das ganze Projekt ausgesprochen hatte, war kurzzeitig Rosi Wolf-Almanasreh von der IAF* anwesend. Leider nahm sie an der Diskussion um die Marschbewertung — die unseres (und nicht nur unseres) Erachtens recht deutlich die Unhaltbarkeit ihrer Position veranschaulichte — nicht mehr teil. Sie verteilte aber ein Papier, das — kurz und sicher auch etwas vergrößert ausgedruckt — satzungsähnliche Vorschläge für die Weiterarbeit der Frankfurter Koordination macht, die deutlich das Ziel erkennen lassen, daß es absehbarer Zeit keine größeren und schon gar keine bundesweiten Mobilisierungsaktionen gegen das Ausländergesetz bzw. gegen die Bonner Pläne zur weiteren Verschärfung des Ausländergesetzes geben soll. Zum anderen wiederholt das Papier die unhaltbaren Vorwürfe, in Frankfurt versuchten bestimmte politische Gruppen (z. B. die Volksfront) Aktionen zu erzwingen, die keinen Rückhalt an der „Basis“ hätten und dem Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit eher schaden. Diese Auffassung hat im Ko-

Schwerpunkte zukünftiger Arbeit angesprochen werden sowie die Richtung, in die nach Meinung unserer Partei die sich entwickelnde Bewegung gegen ausländerfeindliche Politik gehen sollte: In Richtung einer Bürgerrechtsbewegung für gleiche politische Rechte, die volle Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern. In einer der nächsten Ausgaben des „Roten Morgen“ werden wir unsere Position ausführlicher erläutern.

Deutlicher noch als vor dem Marsch, der immerhin unter dem Motto „Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche“ stand, wurde von allen betont, daß gerade das kompromißlose Eintreten für wirkliche Gleichberechtigung das Wesen der über den Ausschuß koordinierten gemeinsamen Arbeit ausmacht, daß es deshalb auch keinen Ersatz für den Koordinationsausschuß gibt.

Wie weiter?

Zur weiteren Arbeit wurde an diesem Wochenende im wesentlichen nur festgehalten: Der Widerstand gegen die Bonner Pläne muß weitergehen. Im Dezember will sich das Bundeskabinett auf einen Gesetzesentwurf für ein verschärftes Ausländergesetz einigen. Darüber und über mögliche neue bundesweite Aktionen soll auf der nächsten Ausschußsitzung, die wohl Ende Februar/Anfang März stattfinden wird, gesprochen werden. Schon vorher soll dies Thema regionaler Konferenzen und örtlicher Initiativen sein.

Zumindest in den Bundesländern, wo demnächst Kommunal- oder Landtagswahlen stattfinden, wird die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer Thema sein. Dabei konnte in Frankfurt keine einmütige Wertung der Bedeutung dieser Forderung und eventueller Kampagnen dafür erzielt werden.

In diesem Zusammenhang noch zwei Termine:

- * nächstes Treffen der NRW-Koordination: 10. Januar 85 in Köln;
 - * landesweites Treffen für NRW zur Gestaltung einer Kampagne für kommunales Wahlrecht am 10. Februar 85, 10.00 Uhr, im IFAK** Haus in Bochum, Lerschstraße 2. Einladet ist die VIA***/NRW, der die landesweite Unterschriftenkampagne trägt.
- Anmerkungen:
* IAF = Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen e.V.
** IFAK = Initiative zur Förderung ausländischer Kinder
*** VIA = Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit

„Wenn der Mob zu herrschen beginnt ...“

Blockadeprozesse in Mutlangen

Seit Monaten bereits werden in Mutlangen Friedensdemonstranten, die sich an den Blockaden beteiligt haben, verurteilt — täglich, außer freitags. In anderen Städten, in denen Blockaden stattfanden, ist es ähnlich. Weit

klagten nicht abstreiten, daß sie sich an der Blockade beteiligten und auf die Straße gesetzt haben, findet eine wirkliche Beweisaufnahme nicht statt. Denn daß es „verwerflich“ ist, sich auf die Straße zu setzen, um die

ne Erörterung.

Denn hier geht es ums Prinzip. Um welches, erläuterte Richter Herzel in einem der zahllosen Mutlanger Prozesse: „Wenn der Mob zu herrschen beginnt, wird das Land unregierbar. Dann herrscht nur noch Gewalt, und es kommt zu Schieberien. Durch tumultuarische Dinge, nicht wahr, schadet man dem demokratischen Konsens.“

Selbstverständlich. Daß der „demokratische Konsens“ in diesem Fall gegen die Stationierung der Raketen gerichtet war und der Bundestag mit seinem Stationierungsbeschluß die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung mit Füßen trat, kann für die Justiz keine Rolle spielen. Das ist klar, denn schließlich geht es um ums Prinzip. Auch daß diese Blockaden alle bewußt gewaltfrei durchgeführt wurden, spielt keine Rolle. Die rechtsstaatliche Logik der Richter heißt offenbar: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Und wer gegen uns ist, schießt auch.

Wie sehr es ums Prinzip geht, zeigt vielleicht am deutlichsten die Tatsache, daß in diesen Mutlanger Prozessen reinweise Demonstranten zu Gewalttätigen und Kriminellen gestempelt werden, die sage und schreibe drei(!) Minuten auf der Straße gesessen haben sollen ...



Blockade in Mutlangen, Pfingsten '84

über tausend Verfahren sind es insgesamt.

Verurteilt wird überall mit der gleichen Begründung — Verstoß gegen § 240 Strafgesetzbuch: Nötigung. Da die Ange-

Stationierung von Atomraketen, um einen möglichen Atomkrieg zu verhindern, steht für die Gerichte sowieso fest. Darüber gibt es in den Prozessen keine Beweisaufnahme und kei-

Über 20 politische Gefangene im Hungerstreik

Aufhebung der Isolationshaft

Am 4.12. haben die in einem Staatsschutzprozeß beim Stuttgarter Oberlandesgericht angeklagten RAF-Mitglieder Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar den Beginn eines neuen Hungerstreiks von Gefangenen aus der RAF bzw. anderen Gruppen des „antimperialistischen Widerstandes“ angekündigt. Inzwischen befinden sich über 20 politische Gefangene im Hungerstreik, um eine Verbesserung der Haftbedingungen durchzusetzen.

Die Haftbedingungen der Gefangenen der RAF und anderer Gruppen des bewaffneten Kampfes in bundesrepublikanischen und Westberliner Knästen sind schon seit Jahren Gegenstand von Protesten demokratischer Kräfte im In- und Ausland. Vor allem gilt das für die bei diesen Gefangenen angewandte strengste Isolationshaft, die medizinisch nachgewiesen zu schwersten psychischen und physischen gesundheitlichen Schäden führen kann.

In der letzten Zeit sollen die-

se ohnehin unmenschlichen Haftbedingungen noch weiter verschärft worden sein durch Zellenrazzien, noch verschärfter Briefzensur und Besucherbeschränkungen.

Ein Teil der jetzt im Hungerstreik befindlichen Gefangenen ist schon seit 8 Jahren und länger in Isolationshaft. Schon mehrfach haben die Gefangenen durch Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen angekämpft. Der Staatsschutz reagierte darauf nicht nur mit Unnachgiebigkeit, sondern auch

stets mit Versuchen, den Hungerstreik mit Methoden der Repression und gewaltsamer Zwangsernährung zu brechen. 1974 starb Holger Meins bei einem Hungerstreik.

Die Gefangenen fordern jetzt die Verbesserung der Haftbedingungen im allgemeinen, vor allem aber die Zusammenlegung der Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen, also die Abschaffung der Isolationshaft. Interaktionsfähige Gruppen soll in diesem Zusammenhang bedeuten, daß die Isolationshaft nicht dadurch aufgehoben wird, daß jedem Gefangenen noch ein Spitzel in die Zelle gesperrt wird, sondern dadurch, daß die antimperialistischen Gefangenen zu Gruppen zusammengelegt werden, die etwa auch politische Diskussionen ermöglichen.

Jüdischer Humanitätspreis für Rodenstock

Das Schicksal der KZ-Häftlinge vergessen?

Vor kurzem erhielt ein deutscher Industrieller, Rolf Rodenstock vom Bundesverband der Deutschen Industrie, eine Auszeichnung besonderer Art — die Goldmedaille der jüdischen Organisation Bnai Brith Loge für besondere Verdienste für die Humanität.

Das Gala-Diner, das aus diesem Anlaß in München stattfand, verlief allerdings nicht ganz so harmonisch wie geplant. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Werner Nachmann, nahm die Gelegenheit nämlich zum Anlaß, um an die Verantwortung der deutschen Industriellen für die im 3. Reich geschehenen Verbrechen zu erinnern und erklärte außerdem, daß der deutschen Wirtschaft gegenüber den Opfern auch heute noch Pflichten zukämen. Die anwesenden Herren der deutschen Industrie waren verständlicherweise empört.

Denn das Thema, das Werner Nachmann anschnitt, ist

für sie besonders peinlich. Es geht um den Einsatz von KZ-Häftlingen als Arbeitsklaven für bestimmte Konzerne und um die Entschädigung, die diese Häftlinge nach 1945 von diesen Konzernen bekamen oder auch nicht bekamen.

Der Einsatz der KZ-Häftlinge erfolgte durch die Abteilung DII des 1942 errichteten SS-Wirtschaftsverwaltungs-Hauptamtes Oranienburg. Ihr Leiter war der SS-Standartenführer Gerhard Maurer. Angesichts der Verknappung von Arbeitskräften durch den Kriegseinsatz hatte Himmler vorge-schlagen, KZ-Häftlinge in kriegswichtigen SS-Betrieben innerhalb der Lager sowie in Betrieben deutscher Industrie einzusetzen. Ende 1942 waren allein 200.000 jüdische Häftlinge in diesen Betrieben zwangsbeschäftigt. Die wenigsten haben überlebt.

Der Sklaveneinsatz von Häftlingen war auch Gegen-

stand der Verfahren vor dem Nürnberger Militärtribunal. Um den Einsatz dieser KZ-Häftlinge ging es z. B. in den Verfahren gegen Flick, gegen Krupp und gegen IG Farben.

Eine Entschädigung dieser Häftlinge aber war nirgendwo geregelt. Erst durch einen Zivilprozeß eines ehemaligen Auschwitz-Häftlings gegen die IG Farben AG kam diese Frage 1951 — sechs Jahre nach Kriegsende! — in die Diskussion. Aus Sorge vor einer Flut gleichgelagerter Prozesse schloß IG Farben einen Vergleich. Vier andere Konzerne folgten diesem Beispiel, so daß folgende Vereinbarungen zustandekamen:

Firma	Anspruchsberechtigte	Summe
IG Farben	5 855	27 841 500
Krupp	3 090	10 050 900
AEG	2 223	4 312 500
Siemens	2 203	7 184 100
Rheinmetall	1 504	2 546 095

Anti-NPD-Demonstration

Am 16.12. plant die NPD im Frankfurter Stadtteil Gallus eine hessenweite Veranstaltung. Zahlreiche Organisationen rufen dagegen zu einer Protestdemonstration auf. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Damals wie heute wollen sich die Nazis hohe Arbeitslosigkeit zu nutze machen, um Masseneinfluß zu gewinnen.“

Damals wie heute nutzen sie ein Klima, das in der Öffentlichkeit gegen Ausländer geschaffen wird und von den wahren Ursachen wie Sozialabbau und Arbeitslosigkeit ablenken soll.

Wurden 1933 die Juden für die Krise verantwortlich gemacht, sollen es heute die Ausländer sein. Doch nicht Ausländer, sondern die Chefetagen von Triumph-Adler und anderen Firmen haben die Massenentlassungen im Gallus zu verantworten. Und damals wie heute haben die Umtriebe der Nazis zwei Seiten:

Hetze, Ausländer raus, Parolen im ganzen Stadtteil auf der aber auch Terror und Mord auf der anderen Seite: Neonazis verübten Bombenanschläge auf das Münchner Oktoberfest, Mitglieder der NPD-Jugendorganisation verprügeln nach einer NPD-Veranstaltung ausländische Mitbürger, türkische Geschäfte in Bornheim fielen Brandanschlägen zum Opfer, auf Häuser mit ausländischen Bewohnern werden Brandanschläge verübt.

Die NPD wittert Morgenluft im Gallus. Bedingt durch das politische Klima erhielt sie bei den Europawahlen in zwei Stimmbezirken über 5 Prozent.

Seitdem veranstaltet die NPD regelmäßig Treffen im Gallus.

Verhindern wir, daß das Gallus zu einer Hochburg für die Neonazis wird.

Den Nazis und Neonazis muß der Nährboden entzogen werden.

Deutsche und ausländische Jugendliche brauchen Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Demonstrieren wir am 16. Dezember 1984 gegen die landesweite Zusammenrottung der Nazis im Haus Gallus.

Keine Nazitreffen im Gallus oder anderswo!!!

Sonntag, 16. Dezember 1984 15.30 Uhr: Kundgebung gegen das Nazitreffen Schulhof Günterode-Schule am Haus Gallus

Und Flick

Gegen die Firma Flick wurden insgesamt 3500 Ansprüche geltend gemacht, vor allem wegen der Beschäftigung in der Dynamit Nobel AG, die zu den größten Förderern der NSDAP gehörte und am „Arisierungsprogramm“ reichlich beteiligt war. Flick blieb damals hart. Dem Vermittler in diesen Vergleichsverfahren, John McCloy, ehemaliger US-Hochkommissar, ließ Flick durch seinen Beauftragten, Eberhard von Brauchitsch, am 7. Januar 1969 mit den „besten Grüßen“ wissen, er fühle sich weder unter moralischen noch sonstigen Gesichtspunkten zu irgend einer Entschädigung verpflichtet ...

Wie wir heute wissen, brauchte Flick seine Millionen für andere Zwecke. Um sich — wieder einmal — Politiker und Politik zur Durchsetzung seiner Interessen zu kaufen.

(Nach Informationen von „blick nach rechts, 1/7)

Soeben ist die neueste Ausgabe der „Kommunistischen Hefte“, der theoretischen Zeitschrift der KPD, erschienen. Sie setzt sich auseinander mit der Entwicklung der Auffassungen Lenins zur Strategie der Übergangsperiode in den ersten Jahren der jungen Sowjetmacht. Die wichtigsten Auseinandersetzungen in der Partei der Bolschewiki in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution, z. B. die Gewerkschaftsdebatte

oder die Diskussion um die Thesen der sogenannten Arbeiteropposition, werden dabei nachgezeichnet. Dabei geht es nicht vor allem um die historische Darstellung, sondern um die Bedeutung der aufgeworfenen Fragen für die sozialistische Strategie und Programmatik heute.

Mit Schlußfolgerungen aus diesem Artikel und aus dem in der letzten Ausgabe der „Kommunistischen

Hefte“ veröffentlichten Artikel „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“ für die Sozialismus- und Programm-Diskussion in unserer Partei beschäftigt sich die neue Ausgabe der „Kommunistischen Hefte“ einleitender Aufsatz des Genossen Horst-Dieter Koch, Vorsitzender der KPD. Diesen Aufsatz drucken wir im folgenden ungekürzt ab.

Die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD

Der Artikel „Von der Oktoberrevolution zur Neuen Ökonomischen Politik“, der versucht Lenins Auffassungen zu den Fragen der Verwirklichung der Arbeitermacht und der Schaffung der Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft in den ersten Jahren der Sowjetunion zusammenzufassen, wurde durch Beschluß des Zentralkomitees der KPD initiiert. Das gleiche gilt für den in der Nr. 9 der „Kommunistischen Hefte“ abgedruckten Artikel „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“. Beide Artikel sind Beiträge zur Sozialismus- und Programmdiskussion unserer Partei.

Wenn in einer kommunistischen Partei über die sozialistischen Zielvorstellungen und das Programm der Partei debattiert wird, dann liegt der Verdacht nahe, daß der Rückgriff auf die „Klassiker“ in diesem Zusammenhang vor allem das Ziel verfolgt, neue Fragestellungen abzublocken. Jetzt, wo beide Artikel vorliegen, wird deutlich, daß sie im Gegenteil neue Fragen aufwerfen — jedenfalls Fragen, die für unsere Partei mit ihren besonderen Traditions- und Entwicklungszusammenhängen neu sind.

Alle Kräfte, die sich wie unsere Partei hier und heute um die Verbreitung der kommunistischen/sozialistischen Auffassungen bemühen, müssen die Erfahrung machen, daß die Vorbehalte in der Arbeiterklasse gegenüber sozialistischen/kommunistischen Zielvorstellungen sehr stark sind und sich auch unter dem Eindruck der Herausbildung der neuen Massenarbeitslosigkeit bislang als relativ stabil erwiesen haben.

Gewiß ist zunächst einmal die von der Tätigkeit der Kommunisten weitgehend unabhängige Seite des Problems zu betrachten: ökonomisch ist die krisenhafte kapitalistische Entwicklung noch nicht an den Punkt gelangt, an dem die Massenstimmung unter den Arbeitern von dem Gedanken bestimmt wird, daß es so nicht weitergeht. Ohne eine solche Änderung im Massenbewußtsein, die von den Kommunisten nicht einfach herbeigeführt werden kann, ist an die Herausbildung einer sozialistischen Massenstimmung in der Arbeiterklasse ohnehin kaum zu denken.

Der Punkt, an dem ein derartiger Umschwung in der Massenstimmung der Arbeiter einsetzt, läßt sich heute keineswegs anhand einiger ökonomischer Daten berechnen. Was als noch erträglich bzw. bereits als unerträglich empfunden wird, hat erfahrungsgemäß auch eine politische, psychische und kulturelle Komponente. Deshalb kann man auch nicht umstandslos behaupten, die Tätigkeit der Kommunisten sei in diesem Zusammenhang völlig bedeutungslos.

Tatsache ist zudem, daß die krisenhafte verlaufende wirt-

schaftliche Entwicklung der letzten Jahre durchaus bereits Auswirkungen auf das Massenbewußtsein der Arbeiter und Angestellten gehabt hat. Darunter solche, die verbesserte subjektive Bedingungen für die Aufnahme sozialistischer Propaganda bedeuten müßten. Etwa die Zerstörung der Illusion, daß eine krisenhafte Entwicklung der kapitalistischen Marktwirtschaft ohne Arbeitslosigkeit und mit stetiger Verbesserung der wirtschaftlichen Lebenslage der Arbeiter und Angestellten möglich ist. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß unter dem Eindruck der Massenarbeitslosigkeit, der Unsicherheit der Arbeitsplätze, der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen im allgemeinen auch Ideologie und Politik der Reaktion ihren Einfluß in der Arbeiter- und Angestellten-schaft ausweiten konnten. Sonst wäre das Ergebnis der letzten Bundestagswahl nicht möglich gewesen. Dem im einzelnen nachzugehen, würde uns zu weit vom eigentlichen Thema weg-führen.

Festzuhalten bleibt: ausgehend vor allem von gewerkschaftlich aktivsten Teilen der Arbeiterklasse hat die innerhalb der Arbeiter- und Angestellten-schaft formulierte Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem an Grundsätzlichkeit gewonnen, werden auch punktuell Eingriffe in die unternehmerische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel gefordert, vor allem dann, wenn die unternehmerische Gewalt die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen verfügt.



Aufruf zur Kommune-Wahl: Französische Republik — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — Wahlen zur Kommune (Gemeinde) — geheime Abstimmung am 10. April 1871.

Jedoch ist nicht erkennbar, daß dies organisatorisch und einflußmäßig zu einer wirklichen Stärkung der sozialistischen Kräfte geführt hat.

Wohlgemerkt: Dem stehen, was unsere Partei und nach unseren Beobachtungen auch andere sozialistische Organisationen betrifft, politische Erfolge gegenüber, Fortschritte in der Verbindung mit der realen Arbeiterbewegung. Letztlich ändert das jedoch nichts daran, daß eine qualitative Steigerung des politischen Einflusses und der organisatorischen Kraft nur erreichbar ist, wenn breitere Arbeiterkreise sich den sozialistischen Zielvorstellungen zuwenden.

Man kann versuchen, der Frage auszuweichen, indem

man sich mit dem Hinweis bescheidet, daß die objektive Entwicklung noch nicht fortgeschritten genug ist. Der Verweis darauf ist, worauf wir schon hingewiesen haben, sicher von Bedeutung für die Frage, warum es keine sozialistische Massenstimmung in der Arbeiterklasse gibt. Er erklärt überhaupt nicht, warum auch im fortschrittlicheren Teil der Arbeiterklasse ein Hinwendungsprozeß zum revolutionä-



Bekanntgabe des Ergebnisses der Kommune-Wahl

ren Sozialismus noch nicht erkennbar ist. Letzteres aber erscheint doch als Voraussetzung für den Übergang breiter Massen der Arbeiter und Ange-

der Fragestellung, wie der Einfluß des Kommunismus/Sozialismus in der Arbeiterklasse ausgedehnt werden kann, mit Abstand der wichtigste.

Der Blick nach „drüben“

Was die Frage der Vorbehalte gegenüber dem Sozialismus in der Arbeiterklasse angeht, ist die Sache nicht weiter rätselhaft: Der bürgerlichen

fassung weitgehend in der Arbeiterklasse durchzusetzen, daß dieser „real existierende Sozialismus“ eben der machbare und mögliche Sozialismus ist, daß jedes sozialistische Experiment entweder scheitern oder in diesen reichlich tröstlos anmutenden Bahnhof einlaufen muß, in dem Maße hat die sozialistische Propaganda ihre Fähigkeit verloren, die in der Arbeiterklasse vorhandene und wachsende Kritik am Kapitalismus produk-

bürgerlichen Parlamentarismus hierzulande abgelehnt, sondern darüber hinaus politisch und wirtschaftlich im Vergleich zu den hier herrschenden Verhältnissen wesentlich nachteiliger für die Arbeiterklasse betrachtet.

Eine Kritik der revisionistischen Länder, die zu kurz greift

Nun ist dieses Problem nicht neu. Unsere Partei jedenfalls hat seit ihrer Gründung versucht, ihre ablehnende Haltung gegenüber den Verhältnissen in den revisionistischen Ländern in der Massenagitation und -propaganda deutlich hervortreten zu lassen. Andere Organisationen haben uns eben deswegen kritisiert, weil sie befürchteten, daß die oft plakativ formulierte Kritik an den revisionistischen Ländern dem Antikommunismus hierzulande Vorschub leisten würde.

Diese Bedenken teilen wir nach wie vor nicht. Es scheint uns, daß sie die reale Massendiskussion negieren, insbesondere das Ausmaß verharmlosen, in dem der Antikommunismus bzw. die ablehnende Haltung der großen Mehrheit der Arbeiterklasse gegenüber dem Kommunismus/Sozialismus in der negativen Anschauung der DDR, der Sowjetunion, Polens usw. haben.

Richtig aber ist, daß die Inhalte unserer Kritik an den revisionistischen Ländern und unsere Abgrenzung von ihnen zum erheblichen Teil nicht geeignet waren, die Vorbehalte gegenüber dem Kommunismus/Sozialismus in der Arbeiterklasse auszuräumen bzw. überhaupt in eine sinnvolle Auseinandersetzung mit ihnen zu treten.

Teilweise haben wir uns in unserer Kritik der revisionistischen Länder mit den tatsächlich in der Arbeiterklasse formulierten Gründen für ihre ablehnende Haltung zum Sozialismus gar nicht auseinandergesetzt, teilweise haben wir in unserer Kritik der revisionistischen Länder diese Vorbehalte in der Arbeiterklasse indirekt bestärkt.

Natürlich legten wir dar, daß es uns um die „wirkliche“ Herrschaft der Arbeiterklasse, um den „wahren“ Sozialismus ging usw. Aber die politischen Formen, die wir beschrieben, waren in Wirklichkeit weitgehend identisch mit dem, was in den Augen der Kolleginnen und Kollegen in der DDR Realität ist (etwa: die Rolle der Partei, der Aufbau des Staates, die Rolle der Gewerkschaften, die Organisation der Wirtschaft — und die Rolle der Arbeiterklasse in diesem System — alles das beschrieben wir nicht grundsätzlich anders). Letztlich reduzierte sich die von uns dargebotene Alternative auf die Behauptung, die in den revisionistischen Ländern erfolgte bürgerliche Entar-

Propaganda ist es — ganz wesentlich unter geschickter Ausnutzung der gegenrevolutionären Entwicklung in den Staaten des Warschauer Vertrages — gelungen, die Auffassung von der Überlegenheit ihres Systems gegenüber dem „real existierenden Sozialismus“ in der Massendiskussion durchzusetzen.

Die Formel vom „real existierenden Sozialismus“ wurde von den modernen Revisionisten entwickelt, um jener linken Kritik zu begegnen, die sich auf die Ausführungen von Marx und Engels stützt und zu der Beurteilung gelangt, daß die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Ländern des Warschauer Vertrages wenig Übereinstimmung (um es sehr zurückhaltend zu formulieren) mit dem aufweisen, was die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus über den Inhalt der sozialen Revolution des Proletariats und die politischen Formen des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus geschrieben haben.

Die Formel vom „real existierenden Sozialismus“ führt auch unter den politisch vergleichsweise fortgeschrittensten Teilen der Arbeiterklasse zu einer ständigen Relativierung ihrer an sich wachsenden Kritik am kapitalistischen System. Indem es den modernen Revisionisten, vor allem aber der bürgerlichen Propaganda, die aus anderen, aber leicht einsichtigen Gründen ebenfalls stark daran interessiert ist, gelungen ist, die Auf-

tiv aufzugreifen, um die vielen einzelnen Forderungen zwar einerseits in den Tageskämpfen gegen Kapital und bürgerliche Regierung konsequent zu verfolgen, andererseits aber auch zu bündeln in dem einen großen Anspruch auf Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, der Teilung der Gesellschaft in Klassen, auf Schaffung einer Gesellschaft ohne Existenzunsicherheit der Werktätigen durch Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, ohne Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Die in der Arbeiterklasse unter dem Eindruck von Reallohnabbau und sozialer Demontage, steigender Arbeitslosigkeit, wachsender Unsicherheit der Arbeitsplätze, steigender Massenarbeitslosigkeit hervorgerufene Kritik am Kapitalismus ist — und dazu bedarf es der „Bild“-Kommentare schon längst nicht mehr — stets vom „Blick nach drüben“ begleitet. Wie dieser Vergleich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht für die Arbeiterklasse der hochindustrialisierten kapitalistischen Länder des Westens ausfällt, muß an dieser Stelle nicht im einzelnen dargelegt werden, sondern wird als selbstverständlich vorausgesetzt: Die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der DDR wird nicht nur als Alternative zum kapitalistischen-marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem und zum politischen System des

tung dieses Systems könne verhindert, sein proletarischer Klassencharakter gewahrt werden, wobei der Wahrung des proletarisch-revolutionären Charakters unserer Partei die Schlüsselrolle zukäme, weil die führende Rolle der Partei in diesem System überhaupt den ausschlaggebenden Faktor darstelle.

Demgegenüber blieben konkretere Kritiken an den revisionistischen Verhältnissen (die hauptsächlich Betonung des Systems der materiellen Anreize, die hohen Einkommensunterschiede, die vollständige Trennung der Kader von der körperlichen Arbeit usw.) punktuell, machten eher den Eindruck kosmetischer Korrekturen in Einzelfragen und an Erscheinungsformen als daß sie das Wesen der Sache zu erfassen und einige grundsätzliche Alternativen zum überkommenen Kapitalismus westlicher Prägung und den Verhältnissen in den revisionistischen Ländern zu eröffnen schienen.

Diese Schwäche in der Kritik des Revisionismus wurde offenkundiger, als die Entwicklung in China die Frage, ob die These Mao Tsetungs, derzufolge die Kulturrevolution der Weg zur Verhinderung der bürgerlichen Entartung sei, zutreffend sei, mit Eindeutigkeit erledigte.

Diese Kritik am Revisionismus, so berechtigt sie in der grundsätzlichen Kritik des bürgerlichen Charakters der revisionistischen Staaten war und ist, krankte und krankt in der Hauptsache daran, daß sie selbst auf der Grundlage einer dogmatischen Verengung der marxistischen Theorie des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus und der Diktatur des Proletariats erfolgte.

Oktoberrevolution contra Pariser Kommune?

Ausgangspunkt dieser Dogmatisierung und Verengung des Marxismus war die unzulässige, weil von den historischen Besonderheiten abstrahierende Verallgemeinerung des sowjetischen Weges, der Lenin zwar stets widersprochen hatte, die sich aber dennoch schon in der dritten Internationale durchsetzte und nach dem zweiten Weltkrieg bestimmend wurde für den staatlichen und wirtschaftlichen Aufbau der im wesentlichen durch die Rote Armee vom Hitler-Faschismus befreiten Länder.

Diese Dogmatisierung und Verengung der marxistischen Theorie in der Frage der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus mündete schließlich in einer direkten Revision des Marxismus, wie sie heute in den Ländern des Warschauer Vertrages Staatsdoktrin ist. Die Frage, ob den von Marx und Engels vor allem auf der Grundlage der Erfahrungen der Pariser Kommune entwickelten Auffassungen im wesentlichen unveränderte Aktualität zugebilligt wird oder ob sie als durch die historischen Erfahrungen im wesentlichen als überholt, allenfalls als eher utopische Vorgriffe auf die kommunistischen Gesellschaft abgetan werden, stand und steht dabei — wenn auch zumeist unausgesprochen — im Zentrum der Auseinandersetzungen unter den Marxisten.

Der vorliegende Artikel über Lenins strategische Überlegungen zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus unter den konkreten, durch die vom Zarenreich ererbte Rückständigkeit geprägten Bedingungen macht deutlich, daß Le-

nin die Oktoberrevolution in direkter Fortsetzung der Pariser Kommune sah und daß für ihn die Aktualität der Auffassungen von Marx und Engels außer Zweifel stand — und zwar im Sinne einer unmittelbaren politisch-strategischen Orientierung.

Das wird gerade da deutlich, wo Lenin zu der Auffassung gelangte, daß die unmittelbare Verwirklichung der von Marx und Engels für die Übergangsperiode formulierten wirtschaftlichen und politischen Forderungen unter den Bedingungen der jungen Sowjetmacht noch nicht möglich war. Denn wenn Lenin argumentierte, daß die Rückständigkeit der sowjetischen Verhältnisse einen Umweg, einen Rückzug, ein Zugeständnis an den Kapitalismus

Thesen zu den Problemkreisen „Arbeitermacht und Staat im Sozialismus“, „Über die Organisation der sozialistischen Wirtschaft“ und „Kommunistische Partei und Arbeitermacht“ geben den Diskussionsstand im Zentralkomitee unserer Partei wieder.

Arbeitermacht und Staat im Sozialismus

Die in der Arbeiterklasse vorherrschende Vorstellung über die Rolle des Staates im Sozialismus ist aufgrund der Anschauung der revisionistischen Länder die, daß im Sozialismus der staatliche Zentralismus total, das Gewicht des Staates gegenüber der Gesellschaft er-

Arbeiterklasse bis zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft hat als erste Voraussetzung die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

2. Der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ist notwendig auch immer darauf gerichtet, die Politik der bürgerlichen Regierungen im Sinne der dringenden Forderungen der Arbeiterklasse zu beeinflussen bzw. eine andere Regierung, die größere Bereitschaft zur Erfüllung von Arbeiterforderungen zeigt, durchzusetzen. Der Übergang der politischen Macht an die Arbeiterklasse aber kann nicht durch einen einfachen Wechsel der Regierung erfolgen. Die Arbeiterklasse muß vielmehr den bürgerlichen Staatsapparat, der

Arbeiterklasse sich auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft ausdehnt, die Rolle des Staates immer mehr an Gewicht verliert, stirbt der Staat allmählich ab.

4. Die Notwendigkeit der Unterdrückung des Strebens der Bourgeoisie und der politischen Reaktion nach Rückeroberung der politischen Macht und Wiederherstellung der kapitalistischen Verhältnisse, also die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats steht keineswegs im Widerspruch zum geforderten Prozeß des Absterbens des Staates. Gerade die Unterdrückung der Konterrevolution muß in erster Linie eine Frage des politischen Massenkampfes der Arbeiter sein und darf nicht in erster Linie zu einer Frage der staatlichen Unterdrückungsap-

geleitete Neue Ökonomische Politik von Lenin ausdrücklich als Rückzug, als teilweise Wiederbelebung des Kapitalismus charakterisiert worden.

Lenin erachtete diesen Rückzug als notwendig, um überhaupt die Volkswirtschaft in Gang zu bringen in einem Land, in dem die materiellen Voraussetzungen für umfassendere sozialistische Maßnahmen überwiegend fehlten, in dem andererseits der Mangel an lebensnotwendigen Gütern zu einer tödlichen Bedrohung der politischen Macht der Arbeiterklasse zu werden drohte.

In der weiteren Entwicklung der Sowjetunion bzw. der anderen ehemals sozialistischen Staaten wurden zwar mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Einschränkung bzw. der Abschaffung ausländischer Konzessionen, der Einschränkung des privatwirtschaftlichen Sektors bestimmte Fortschritte gegenüber der NÖP erzielt (in den heutigen revisionistischen Ländern gab und gibt es gegenläufige Tendenzen), in der Organisation des sozialistischen Sektors der Industrie aber ist die Entwicklung in der Sowjetunion und in den anderen heute revisionistischen Ländern nie über das hinausgekommen, was Lenin als Teil des damals unvermeidlichen Rückzugs begriffen hat. Durch die ökonomischen Reformen aber der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurden in den revisionistischen Ländern gerade diese Elemente verstärkt.

Tatsächlich hat Lenin die aus der schwierigen Lage in der Anfangsphase der Sowjetunion geborenen Verhältnisse allenfalls in einem sehr eingeschränkten Sinn als sozialistisch betrachtet. Er hielt in den hochindustrialisierten Ländern nach dem Übergang der politischen Macht an die Arbeiterklasse direkt kommunistische Maßnahmen für möglich. Das führt uns zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die Enteignung der Kapitalisten und die Verstaatlichung der wesentlichen Produktionsmittel ist ein notwendiger erster Schritt zur sozialistischen Organisation der Wirtschaft.

2. Die Verstaatlichung der Betriebe und Unternehmen ist aber noch nicht identisch mit ihrer Vergesellschaftung. Vergesellschaftung bedeutet, daß die Produktion tatsächlich auf Rechnung der Gesellschaft erfolgt, nicht mehr auf Rechnung der einzelnen Kapitalisten und Aktionäre, aber auch nicht auf Rechnung der einzelnen Betriebe und Belegschaften, daß nicht Geld und Markt die Wirtschaft regulieren, sondern daß die Volkswirtschaft nach einem einheitlichen Wirtschaftsplan geleitet wird.

Das setzt eine demokratische Planung der Wirtschaft voraus, die den einzelnen Arbeitern, Arbeitskollektiven und Belegschaften nicht nur die erreichbare eigene Produktionsleistung diskutieren läßt, sondern auch und vor allem die grundlegenden Alternativen in der Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung zum Gegenstand der Diskussion, der demokratischen Willensbildung und Entscheidung macht.

3. Vergesellschaftung bedeutet die Aufhebung der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln. Diese Trennung wird durch die Verstaatlichung noch nicht wirklich aufgehoben. Der tatsächliche unmittelbare Einfluß der Arbeiterklasse auf die Leitung der Produktion ist wesentliches Kriterium für den Grad der tatsächlich erreichten Vergesellschaftung.

Die Konzentration der Wirtschaftsleitung beim Staat erscheint unter diesem Gesichtspunkt als Umweg, wenn die Ar-



Proletarische Massendemokratie in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution: Arbeiter der Putilow-Werke halten am 26. Oktober 1917 eine Versammlung ab.

notwendig machten, dann beinhaltet das stets auch, daß er an das in der Sowjetunion Erreichte die Maßstäbe der Auffassungen von Marx und Engels anlegte. Sein Eintreten dafür, den gegebenen objektiven und subjektiven Bedingungen Rechnung zu tragen, war stets gepaart mit der schonungslosen kritischen Analyse eben dieser Verhältnisse. Nicht zuletzt aus der Diskrepanz zwischen dem, was in der Sowjetunion verwirklicht werden konnte und dem, was Marx und Engels gestützt auf die Erfahrungen der Pariser Kommune als Grundzüge der notwendigen Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus herausgearbeitet hatten, bezog Lenin die revolutionäre strategische Orientierung.

In dem Maße, in dem der Sozialismus nicht mehr begriffen wurde als eine Übergangsperiode permanenter revolutionärer Umwälzungen vom Kapitalismus zum Kommunismus, sondern zur eigenständigen historischen Gesellschaftsformation erklärt wurde, in dem Maße verlor der staatssozialistische „Marxismus“ seine Fähigkeit zur kritischen Analyse der bestehenden klassenmäßigen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Bedingungen und verkam zur Rechtfertigungslehre der bestehenden Verhältnisse. In dem Maße wurden auch Lenins Auffassungen über die konkreten notwendigen politischen und ökonomischen Maßnahmen in den ersten Jahren der Sowjetunion, die Lenin selbst immer nur in Bezug auf die gegebenen allgemeine Rückständigkeit der Verhältnisse begründet hatte, gegen die Auffassungen von Marx und Engels ausgespielt.

Das Zentralkomitee der KPD hat im Oktober die hier aufgeworfenen Fragen im Hinblick auf die Erarbeitung eines Entwurfes für ein neues Parteiprogramm diskutiert. Folgende

drückend und der Staat absolut unabhängig ist gegenüber den Bestrebungen des Volkes.

Diese Vorstellungen vom „totalen Staat“, die bei den fortschrittlichen Menschen auf Ablehnung stößt, steht im Widerspruch zu den Auffassungen von Marx und Engels, wie sie von den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus etwa in der Analyse der Pariser Kommune entwickelt wurden.

Sie entspricht auch nicht den Auffassungen Lenins, wie er sie vor und nach der Oktoberrevolution hinsichtlich der wünschenswerten Entwicklung der Sowjetmacht formuliert hat. Tatsächlich hat die Entwicklung in der Sowjetunion noch zu Lebzeiten Lenins eine Richtung genommen, die mehr durch die Stärkung des staatlichen Zentralismus und der staatlichen Apparate gekennzeichnet war als durch den Ausbau der Elemente der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse und der direkten Demokratie.

Die Gefahr dieser Entwicklung wurde von Lenin deutlich gesehen. Er war weit davon entfernt, gerade diese Entwicklung als allgemeingültige Erfahrung, als Gesetzmäßigkeit der sozialistischen Entwicklung auszugeben. Lenin hat sie stets ausgehend von den besonderen Problemen in der Sowjetunion analysiert, wobei er vor allem die im Vergleich zum Riesenheer der Bauernschaft zahlenmäßige Schwäche der Arbeiterklasse, ihre kulturelle Rückständigkeit, die schmale Schicht ihrer Kader u.a. im Auge hatte.

Aus den Darlegungen von Marx und Engels, aus der Entwicklung der Auffassungen Lenins in den ersten Jahren der Sowjetmacht ziehen wir hinsichtlich der Rolle des Staates in der sozialistischen Übergangsgesellschaft folgende Schlußfolgerungen:

1. Die soziale Revolution der

seinem Wesen nach immer ein Gewaltapparat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit des Volkes im Interesse der kapitalistischen Herrschaftssicherung ist, vollständig zerstören.

3. Der Arbeiterstaat, der im Gegensatz zum bürgerlichen Staat ein Staat der großen Mehrheit des Volkes ist, ist zugleich der erste Schritt zur Abschaffung des Staates als besonderem Gewaltapparat überhaupt. Er kann nicht einfach den Zentralismus, den hierarchischen Aufbau, den wuchernenden, die ganze Gesellschaft erdrückenden Bürokratismus des bürgerlichen Staates wiederholen. Weil er die direkte politische Einflußnahme der Arbeiterklasse und der Werktätigen verwirklichen will, kann er auch den bürgerlichen Parlamentarismus nicht übernehmen, sondern muß direkte Demokratie verwirklichen. Davon wird die Möglichkeit der legalen Existenz und Tätigkeit verschiedener politischer Parteien — und nicht nur der kommunistischen — nicht berührt.

Während die unvermeidlichen staatlichen Funktionen durch arbeitende (gesetzgebende und vollziehende Funktionen vereinende) Vertretungskörperschaften übernommen werden, die von der Arbeiterklasse in geheimer Wahl gewählt werden, deren Mitglieder an den Willen ihrer Wähler gebunden und jederzeit abwählbar sind und nur mit dem Arbeiterlohn bezahlt werden, verlieren viele Funktionen, die in der bürgerlichen Gesellschaft staatlich sind, nun ihren staatlichen Charakter und werden unmittelbar zu Fragen der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen. Indem das Element der Selbstverwaltung und der Selbstregierung der Ar-

parate werden.

5. Die Annahme der vollständigen und jederzeitigen Identität der Maßnahmen des Staates mit den Interessen von Teilen der Arbeiterklasse bzw. der Arbeiterklasse insgesamt ist auch unter diesen Voraussetzungen eine idealistische Abstraktion. Die Politik des Staates und der Regierung wird immer auch mitbestimmt durch Interessen, die die staatlichen Apparate selbst hervorbringen und durch Interessen, die nicht proletarische Schichten artikulieren, denen auch der proletarische Staat Rechnung tragen muß.

Der proletarische und demokratische Charakter des sozialistischen Staates, die fortschreitende Beschränkung seiner Rolle in der Gesellschaft, die umfassende Kontrolle seiner Tätigkeit durch die Arbeiterklasse erübrigen deshalb keineswegs die Garantie der demokratischen Grundrechte, die es der Arbeiterklasse und den Werktätigen erlauben, gegen Verletzungen ihrer Interessen zu kämpfen bzw. für Forderungen einzutreten, die sie in der Politik des Staates, in den Maßnahmen und Entscheidungen der wirtschaftlichen Leitungsorgane nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt sehen: Meinungs- und Pressefreiheit, Streikrecht, Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit.

Über die Organisation der sozialistischen Wirtschaft

In der Sowjetunion eroberte das Proletariat zum ersten Mal dauerhaft die politische Macht. Gerade im Hinblick auf die sozialistische Organisation der Wirtschaft ist die nach der Periode des „Kriegskommunismus“ ein-

beiterklasse über das kollektive Wissen zur Leitung der Produktion verfügt, unter dem Gesichtspunkt der Förderung des Prozesses des Absterbens des Staates als politisch äußerst nachteilig. Andererseits wird die „Gemeinschaft der assoziierten Produzenten“ (Marx) nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nicht über Nacht herausgebildet sein. Die Zielvorstellung im Programm der Bolschewiki, die gesamte Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft in den Händen der Gewerkschaften, der breitesten Organisationen der Arbeiterklasse, zu konzentrieren, erscheint demgegenüber unter den Bedingungen unseres Landes als möglicher und sofort gangbarer Weg. Sicher nicht als der einzig denkbare, denn denkbar wäre etwa auch eine Leitungsstruktur der Wirtschaft, die sich maßgeblich auf die Betriebsräte stützt.

4. Die Betriebsverfassung der sozialistischen Betriebe kann unter der Bedingung einer mit großen Produktionswissen ausgestatteten Arbeiterklasse und entsprechend geringer Bedeutung bürgerlicher Spezialisten für die Verwirklichung der Produktionsaufgaben keine Ähnlichkeit mehr mit dem Kommandoregime der kapitalistischen Fabrik haben. Das bedeutet zumindest

- daß das Prinzip der kollektiven Leitung der Betriebe verwirklicht wird und die Betriebsleitung nicht gegen den Willen der Belegschaft eingesetzt werden kann;

- daß die Betriebsleitung der Belegschaft in allen Fragen rechenschaftspflichtig ist;

- daß die Belegschaft ein eigenes Vertretungsorgan wählt, das nicht nur weitestgehende Kontrollrechte gegenüber der Betriebsleitung hat, sondern auch ein Veto-Recht in allen Fragen,

- daß die Betriebsleitungen keine Entlassungen aussprechen können, daß alle Probleme der Arbeitsdisziplin von der Betriebsleitung nicht durch Maßnahmen angegangen werden können, sondern als Beschwerden den Arbeitsgruppen, Abteilungen oder Vertretungskörperschaften der Belegschaft überantwortet werden.

5. In einem hochindustrialisierten Land kann die Produktionssteigerung um jeden Preis nicht das vorrangige Ziel der sozialistischen Wirtschaft sein, nachdem die Sicherung der unmittelbaren materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung gewährleistet ist. Ein ebenso wichtiges Ziel muß sein die Überwindung der kapitalistischen Organisation der Arbeit, die auf die größtmögliche Auspressung der Arbeiter berechnet ist (Akkord, Fließband, Monotonie der Arbeit usw.). Ohne Überwindung des knechtenden Charakters der Arbeit, wozu vor allem die allmähliche Aufhebung des Gegensatzes von Hand- und Kopfarbeit gehört, bleibt der Arbeiter Objekt des Produktionsprozesses.

Kommunistische Partei und Arbeitermacht

Zur in der Arbeiterklasse am meisten verbreiteten Kritik der politischen Verhältnisse in den revisionistischen Ländern gehört die Frage der „Diktatur der Partei“. Sicher steht das auch in Verbindung mit dem tiefen Eindringen bürgerlich-parlamentarischer Auffassungen in der Arbeiterklasse, denen zufolge Demokratie die Wahlmöglichkeit zwischen mehreren Parteien voraussetzt, worin sie sich dann andererseits auch erschöpfen soll.

Es kann aber nicht bestritten

werden, daß die Herausbildung der heute bestehenden politischen Diktatur über die Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern zumindest hinsichtlich der politischen Form, in der sich die Gegenrevolution vollzogen hat, nicht zu trennen ist von der Rolle, die die kommunistische Partei einst im System der Diktatur des Proletariats gespielt hat.

Lenin hat — mit aller Entschiedenheit vor allem unter dem Eindruck des Kronstadter Aufstandes und der Losung der Konterrevolution „Sowjets ohne Bolschewiki“ — unter den konkreten sowjetischen Bedingungen die Bolschewistische Partei als das wesentliche Instrument der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats betrachtet.

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse zahlenmäßig nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung der Sowjetunion, in der das kleinbürgerliche Element übermächtig war, darstellte, der starke Einfluß des kleinbürgerlichen Elements in der Arbeiterklasse selbst, die kulturelle Rückständigkeit der Arbeiterklasse, ihre Demoralisierung durch Krieg, Bürgerkrieg und wirtschaftliche Not, die schmale Schicht der Leitung befähigten Arbeiter — vor allem angesichts dieser konkreten Bedingungen kam Lenin zu dem Schluß, daß absoluter Zentralismus in der Arbeiterklasse verwirklicht werden mußte, daß die Diktatur des Proletariats nur durch die bewußteste Minderheit der Arbeiterklasse, die bolschewistische Partei, verwirklicht werden konnte, die über ein System von Transmissionsriemen, staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen, mit den Massen der Arbeiter verbunden war, um sie zu lenken.

Daß ähnliche Voraussetzungen für Westdeutschland nach einer politischen Revolution der Arbeiterklasse auch unter den denkbar ungünstigsten Umständen nicht vorliegen werden, ist offenkundig.

Zum anderen muß in heutige Überlegungen ein zweites Moment einfließen: die Rolle der kommunistischen Partei im System der Diktatur des Proletariats muß überdacht werden auf der Grundlage unserer heutigen Kenntnis der weiteren Entwicklung der Sowjetunion.

Die Zerstörung der Arbeitermacht erfolgte nicht durch einen konterrevolutionären Aufstand der kleinbürgerlichen Massen, gelenkt durch die imperialistische Weltreaktion, geführt durch weißgardistische Generale.

Auch ohne eine detaillierte Analyse der historischen Entwicklung kann gesagt werden, daß der ebenfalls schon von Lenin festgestellte Prozeß der Herausbildung einer neuen Bourgeoisie aus den Reihen der Angestellten des Partei- und Staatsapparates die ausschlaggebende soziale Grundlage der Gegenrevolution war, daß ihre politische Form die „friedliche“ Eroberung des Partei- und Staatsapparates durch eben diese neuen bürgerlichen Elemente war.

Die zentrale, übermächtige Rolle der kommunistischen Partei, die zwangsläufig zu einem Verschmelzungsprozeß von Partei- und Staatsapparat führte, die als quasi unvermeidliche Kehrseite der Medaille den politischen Massenkampf der Arbeiterklasse immer mehr einschließen ließ, erwies sich letztlich als strategischer Vorteil der Gegenrevolution.

Die Überlegungen führen uns zu folgender Schlußfolgerung im Hinblick auf die Rolle der Kommunistischen Partei:

1. Die Notwendigkeit der

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen,

Wellinghofer Str. 103 4600 Dortmund 30



Lenin-Paket

1380 Seiten für 7 DM!

Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution

Konspekt zu Hegels „Wissenschaft und Logik“ Staat und Revolution

Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

Über Krieg und Frieden.

Über Marx und Engels

Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus

Zur nationalen und kolonialen Frage.

Marx / Engels-Paket

1500 Seiten für nur 7 DM!

Marx/Engels — Manifest der kommunistischen Partei

Marx — Der Bürgerkrieg in Frankreich

Marx — Kritik des Gothaer Programms

Marx — Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“

Marx — Lohnarbeit und Kapital

Engels — Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates

Engels — Dialektik der Natur

Engels — Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

politischen Führung der Arbeiterklasse durch eine Partei, die ihre Tätigkeit ausgehend vom wissenschaftlichen Sozialismus entwickelt, ergibt sich aus der Tatsache, daß unter den kapitalistischen Bedingungen sich die kapitalistische Ideologie in ihren verschiedenartigen Erscheinungen den Arbeitern spontan am meisten aufdrängt. Deshalb kann die Arbeiterklasse nur dann dauerhaft zu einer von der Bourgeoisie autonomen klassenpolitischen Orientierung finden, wenn der fortgeschrittenste Teil der Arbeiter, der aufgrund theoretischer Anstrengungen das klarste Verständnis von den Interessen seiner Klasse erlangt

hat, die politische und organisatorische Führung der Klasse verlangt.

2. Dieser Sachverhalt stellt sich auch nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse nicht grundsätzlich anders dar. Auch wenn die Bourgeoisie nicht mehr über die Staatsmacht verfügt, wenn ihr die Verfügungsgewalt über die Betriebe entzogen wurde, verschwinden nicht gleichzeitig die gesellschaftlichen Verhältnisse und erst recht nicht die Traditionen, die die Grundlage für den Einfluß der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse bilden. Insofern die Trennung der Masse der Arbeiter vom Staat

und ihre Trennung von den Produktionsmitteln nicht sofort vollständig aufgehoben werden kann, werden den Klasseninteressen des Proletariats feindliche Sonderinteressen hervorgebracht, deren ideologische Ausformungen (Bürokratismus, Streben nach persönlichem Vorteil usw.) auf die Arbeiterklasse einwirken.

3. Die führende Rolle der Partei bezieht sich nicht auf die Führung des Staatsapparates, sie bezieht sich stets auf die Masse der Arbeiter, auf die Klasse. Die politische, theoretische und organisatorische Kraft der Kommunisten muß auf die Entfaltung und Förderung der kämpferischen Aktivität der Arbeiterklasse gerichtet sein, darauf, daß die Arbeiterklasse in der Lage ist, sich als herrschende Klasse zu organisieren. Die Kommunisten streben den Übergang der politischen Macht an die Arbeiterklasse an. Selbstverständlich nehmen Kommunisten als Teil ihrer Klasse an der Durchführung der politischen — auch der staatlichen — Macht der Arbeiterklasse teil, eine besondere politische Macht für sich als Partei streben sie nicht an.

4. Die Kommunisten sind auch in der sozialistischen Gesellschaft die Partei der revolutionären Umwälzung und nicht die Partei der Konservierung des Bestehenden. Auch unter den Bedingungen der Arbeitermacht und des Sozialismus muß die Kommunistische Partei in der gegenwärtigen Bewegung der Arbeiterklasse, die auf die Verwirklichung der Arbeitermacht gerichtet sein wird, die Zukunft der Bewegung vertreten: die klassenlose, kommunistische Gesellschaft.

Programmdebatte und Einheit der revolutionären Sozialisten

Die in diesen Thesen behandelten Fragen lassen sich sicher noch weiter problematisieren. Wie schon gesagt, fassen sie einen Diskussionsstand zusammen. Anspruch darauf, daß es sich um die Weisheit letzten Schluß handelt, wird nicht erhoben. Die in diesen Thesen vorgeschlagenen programmatischen Festlegungen scheinen uns aber zumindest notwendig zu sein, um eine sozialistische Agitation und Propaganda entfalten zu können, die in der Lage ist

- die Auseinandersetzung mit der in der westdeutschen Arbeiterbewegung dominierenden sozialdemokratischen Ideologie erfolgreich zu führen (also vor allem mit der Auffassung, daß der Kapitalismus arbeiterfreundlich gestaltet werden kann: durch eine auf Wirtschaftswachstum gerichtete und Krisen vermeidende Wirtschaftspolitik, die den Verteilungsspielraum für soziale Reformen und Steigerung des Lebensstandards der Arbeiterklasse schafft, durch die Ergänzung der politischen [parlamentarischen] „Demokratie“ auf wirtschaftlichen Sektor bis die Arbeit mit dem Kapital gleichberechtigt ist),

- die klassenmäßigen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in der DDR und den anderen revisionistischen Staaten, vor allem die unterdrückte und ausgebeutete Stellung der Arbeiterklasse in diesen Ländern, grundsätzlich vom Standpunkt der politischen und sozialen Befreiung der Arbeiterklasse zu kritisieren,

- die massiven Vorbehalte in der Arbeiterklasse gegenüber dem Sozialismus zu überwinden, was vor allem heißt, Glaubwürdigkeit darin zu erlan-

gen, daß der Sozialismus der Arbeiterklasse die direkte politische Einflußnahme ermöglicht, uneingeschränkte Demokratie für die Arbeiterklasse verwirklicht und die Leitung der Produktion tatsächlich bei der Arbeiterklasse konzentriert.

Ohne eine Debatte über diese Fragen werden sich auch die programmatischen Grundlagen für die erstrebenswerte Einigung der revolutionär-sozialistischen Kräfte in einer Partei nicht klären lassen. So nützlich und begrüßenswert die Zusammenarbeit zwischen revolutionären sozialistischen Organisationen in begrenzten Fragen des aktuellen politischen und wirtschaftlichen Kampfes wegen ihrer unmittelbaren Wirkung auch ist, so sehr sie auch hinsichtlich der Einigungsbestrebungen der revolutionären Sozialisten helfen kann, in den letzten 15 Jahren zwischen den verschiedenen Organisationen aufgerissene Gräben zu überbrücken, so illusionär ist die Vorstellung, aus dieser Zusammenarbeit werde sich sozusagen schrittweise die programmatische Basis für die angestrebte Vereinigung der revolutionären Sozialisten ergeben.

Der wissenschaftliche Sozialismus als gemeinsame Basis ist da, also kommt es nur darauf an, einen Verschmelzungsprozeß der revolutionär-sozialistischen Organisationen praktisch in die Wege zu leiten — so einfach verhält sich die Sache in Wirklichkeit leider nicht.

Alle bestehenden Organisationen und Strömungen des revolutionären Sozialismus haben sich in Fortsetzung historischer Spaltungen der kommunistischen und sozialistischen Arbeiterbewegung bzw./und im Zusammenhang von internationalen Strömungen konstituiert. Ihre Grundlage ist nicht einfach der wissenschaftliche Sozialismus, auch wenn die Berufung auf Marx und Engels überwiegend auch auf Lenin als Gemeinsamkeit festgestellt werden kann, sondern sie gewinnen die Begründung der Existenz und die Identität ihrer Organisation zum wesentlichen Teil gerade daraus, daß sie eine besondere Strömung des Marxismus vertreten und natürlich überzeugt sind, daß sie dadurch den „wahren“ Marxismus vertreten. Auch wenn sich dieses Selbstverständnis bei einigen Organisationen in den letzten Jahren gelockert hat, kann von einer Überwindung nicht gesprochen werden, und wir nehmen unsere Partei dabei keineswegs aus.

Bei dieser Lage der Dinge kann es in der Frage der Einheit der revolutionären Sozialisten keinen wirklichen Fortschritt geben, wenn die bestehenden Organisationen nicht anerkennen, daß ihr besonderer Traditionen- und Entwicklungszusammenhang eine Verengung und Dogmatisierung des Marxismus und eine Abkoppelung von der Massendiskussion in der Arbeiterklasse begünstigt hat und daß es diese Verengung und Dogmatisierung des Marxismus aufzubrechen gilt. Das kann wahrscheinlich nur über eine Programmdebatte erreicht werden — einer Programmdebatte, in der die in den Thesen des Zentralkomitees behandelten Fragen — neben solchen der politischen Strategie und taktischer Grundsätze — unserer Auffassung nach eine zentrale Rolle einnehmen müssen. Die erneute Auseinandersetzung mit den Schlußfolgerungen, die Marx und Engels gestützt auf die Erfahrungen der Pariser Kommune zogen, und mit den von Lenin in den ersten Jahren der jungen Sowjetunion entwickelten Auffassungen ist dabei unumgänglich.

Horst-Dieter Koch

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Wegen „Rote Fahne“

Den folgenden Leserbrief erhielten wir von G.S. mit der Bitte um Abdruck, da die Redaktion „Rote Fahne“, an die er gerichtet war, ihn weder veröffentlichte noch beantwortete.

Liegt der Rote Morgen im Fahrwasser von Bild oder sinkt vielleicht die Rote Fahne immer mehr auf Bild-Niveau ab?

Liebe Genossen!

In der Roten Fahne beschäftigt ihr euch ständig mit vielen westdeutschen K-Gruppen, die ihr für rechtsopportunistisch, linkssektiererisch oder gar revisionistisch haltet. In der vorletzten Ausgabe eurer Zeitung setzt ihr euch mit der KPD (RM) auseinander. Ohne die geringste Nuance eines Beweises werft ihr der Gruppierung im Zusammenhang mit einem Leserbrief eines ehemaligen Volksfront-Vorsitzenden — wie ihr selbst schreibt — unter anderem Revisionismus bzw. sogar „linken Antikommunismus“ vor.

Harry Dubinskys Leserbrief, in welchem dieser Zweifel an der Hoxhaschen bzw. Maoschen „Revisionismuskritik“ geäußert hat, reicht euch schon aus, um diesen als Konterrevolutionär abzustempeln — ja, ihr geht in euren Schlußfolgerungen noch viel weiter. Hemmungslos und meines Erachtens maßlos, schwingt ihr — in bester K-Gruppen-Tradition, nicht nur gegen alle antirevisionistischen Gruppen, die von der MLPD-Linie abweichen, den Knüttel — nein, neuerdings genügt euch schon ein kritischer Leserbrief im Roten Morgen zu bestimmten Vorgängen in der SU bzw. der kommunistischen Weltbewegung vor der „Entstalinisierung“ — um linke Gruppierungen wie die KPD auf die Abschußliste zu setzen. Das sind Methoden wie ich sie bisher noch von keiner Gruppe erlebt habe — nicht einmal von der von euch als Liquidatoren bezeichneten Gruppe gegen die Strömung.

Ihr werft der KPD zwar meines Erachtens zu Recht vor, daß diese nicht auf den Leserbrief, der in der Tat Grundfragen berührt, eingegangen ist. Zwar ist diese Tatsache etwas sonderbar, aber deswegen ist noch lange nicht erwiesen, daß der RM bzw. die KPD mit der Meinung des Leserbriefschreibers übereinstimmt. Völlig absurd wird es spätestens dann, wenn ihr der Organisation, die seit ihrer Gründung als „stalinistisch“ gilt, und die nach wie vor Stalin als vierten Kopf auf der Titelseite ihres Organs führt, „Antistalinismus“ bzw. Revisionismus (was bei euch ja dasselbe ist) vorwerft. Einer Organisation, die 1979 ein 294seitiges Buch zur „Verteidigung von Stalin“ herausgab so salopp „Stalin-Feindlichkeit“ vorzuwerfen, dies ist — entschuldigt bitte — der Gipfel des Unfugs.

Ich sage dies gerade deswegen, weil ich eben nicht mit dem Roten Morgen bzw. der KPD übereinstimme, daß Stalin ein Klassiker des Marxismus-Leninismus ist, der auf die erste Seite des Zentralorgans gehört. Das ist ja auch der Grund, warum ich niemals — ganz im Gegensatz zu dem anderen Leserbriefschreiber aus Bielefeld, den ich übrigens vom RJVD-Sommerlager 1981 her kenne — auf die Idee gekommen bin, Mitglied in dieser Organisation zu werden. Andreas aus Bielefeld, mit dem ich mich schon seit Jahren über Stalin streite, hatte übrigens bis vor zwei Monaten Stalin mindestens genauso energisch verteidigt, wenn nicht sogar mehr als die sogenannten bzw. selbsternannten Verteidiger Stalins in der KPD, MLPD, AB sowie die Gruppe gegen die Strömung. Wenn sich seine Meinung jetzt geändert hat, so beweist dies höchstens, daß er kritisch ist — ganz im Gegensatz zu den anderen „Stalin-Verteidigern“ — aber keineswegs, daß er grünes Licht von oben d.h. von der KPD bekommen hat. Das ist eine ungeheuerliche Verleumdung sowohl gegen Andreas als auch gegen die KPD. Sie beweist doch nur, was ihr für eine Vorstellung von der Partei habt, in der die Basis auf das Signal von oben warten muß. Ich denke, auch die zwei Leserbriefe werden an der Haltung der KPD zu Stalin nichts ändern. Aber ich glaube auch überhaupt nicht daran, daß ihr den Glauben der KPD an Stalin in Zweifel zieht.

Was euch doch stört, ist doch vielmehr die Tatsache, daß so ein Brief, der die von China und Albanien übernommene „Revisionismuskritik“ ins Wanken bringen könnte, überhaupt veröffentlicht wird. Auf was es euch anscheinend ankommt, ist die Unterdrückung von solchen Briefen. Anders kann ich eure Ausfälle gegen die KPD leider nicht interpretieren. Allerdings wäre dies dann ein Angriff auf Rosa Luxemburg, die — ganz im Gegensatz zu unseren „Volksvertretern“ — für die Freiheit des Andersdenkens wirklich gekämpft hat.

Anstatt euch wirklich ernsthaft mit dem Leserbrief von Dubinsky, der in der Tat grobe Entgleisungen aufweist, zu beschäftigen bzw. mit dem Brief von Andreas, geht ihr völlig unserios gegen ihn, gegen den anderen Leserbriefschreiber als auch gegen die KPD vor. Nachdem ihr ihm (Dubinsky) am Anfang eures Artikels gleich abgeurteilt habt, wendet ihr euch den historischen Tatsachen zu. Dabei nehmt ihr dann, die von euch, bzw. von anderen K-Gruppen wie auch der KPD (RM) zum xten Male vorgebeteten Weisheiten zum Anlaß, Dubinsky erneut abzuurteilen. Da dieser nicht alle Details dieser Weisheiten propagiert, ist der Beweis für seine antikomunistische Haltung sehr schnell erbracht. Der Beweis für die antikomunistische Haltung der KPD ist auch schnell erbracht. Da diese den Leserbrief überhaupt abdruckt — und dann sogar nicht einmal kommentiert — ist sie mit dem Brief einverstanden und somit ganz klar schuldig. Daß ihr die KPD gleich ein paar Zeilen nach eurer Beurteilung Dubinskys so nach kurzer Prozedur gleich mitverurteilt habt, ist zwar eine schwere Entgleisung — kann einem bei euren Methoden allerdings eigentlich nicht mehr wundern.

Daß euch der Brief von Dubinsky bzw. auch der von Andreas offenbar völlig aus der Fassung gebracht hat, wird spätestens dann klar, wenn ihr ihr Chruschtschow-Revisionismus vorwerft. Für solche Behauptungen kann doch nur Ignoranz oder Unwissenheit der Grund sein. Ich kenne zwar die KPD bzw. den Roten Morgen auch nicht genau, aber die feindliche Haltung des Roten Morgens zur DKP bzw. zum Chruschtschow-Revisionismus kann ich zur genüge belegen. Daß euch die beiden Leserbriefe von Dubinsky und Andreas nicht in euer Konzept passen, mag wohl stimmen. Daraus aber das Recht abzuleiten, Gruppierungen zu beschimpfen oder zu verleumden, die diese Briefe abdrucken bzw. Leute zu beschimpfen, die über historische Tatsachen diskutieren, zeigt doch eher, daß ihr es seid, die auf Bildzeitungs-Methoden zurückgreift. Nur wer die Wahrheit scheut, muß zu Bildzeitungs-Methoden greifen. Der Vorwurf von euch an den Roten Morgen fällt so auf euch zurück — und ich wäre euch sehr dankbar, wenn ihr endlich einen klaren Trennungsstrich gegenüber denen ziehen würdet, die Bildzeitungs-Methoden anwenden, sodaß jeder Kommunist oder Arbeiter die Frage, die ich am Anfang meines Briefes geschrieben habe — ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, eindeutig mit nein beurteilen wird. Ich hoffe, daß ihr meinen Brief ernsthaft diskutiert und nicht im Papierkorb verschwinden laßt.

Mit solidarischen Grüßen und dem Wunsch, von euch Antwort zu erhalten.
G.S.

Hungerstreik

Am 9.11.1974 starb Holger Meins (RAF) im Knast Wittlich/Eifel. Er befand sich zusammen mit 41 anderen politischen Gefangenen seit dem 13.9.74 im Hungerstreik gegen Isolierhaft und Vernichtungshaft an politischen Gefangenen.

Er starb, weil die Zwangsernährung, die am 20.10.74 aufgenommen wurde, in den letzten Tagen so weit reduziert wurde, daß der Genosse verhungerte.

Hat dieser Kampf der Genossen/innen und der Tod Holgers zu einer Verbesserung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD geführt? Nein!

Bis heute hat sich an der Vernichtungspraxis der Herrschenden, an den politischen Gefangenen nichts verändert.

Im Gegenteil, die psychische

Folter (Isolationshaft usw.) sowie die physische Zerstörung wird auf immer verfeinert. Die Ebene ausgebaut, hauptsächlich mit der Absicht, die politische Identität der Genossen/innen zu brechen.

Seit Dienstag, dem 4.12.84 nun, befinden sich Brigitte Mohnhaupt (RAF) und Christian Klar (RAF) in einem neuen unbefristeten Hungerstreik, der ebenfalls die Verbesserung der Haftbedingungen und die Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen durchsetzen soll. Die Aufgabe aller wirklich revolutionären Parteien/Gruppen und Hilfsorganisationen (RHD usw.) muß in dieser Situation sein, diesen Kampf der RAF-Genossen/innen öffentlich zu machen, so daß dieser zumindest eine Chance des Erfolges in sich birgt.

Wenn diese lebensnotwendige Öffentlichkeit für die Genossen/innen nicht hergestellt, oder zu spät erfolgt, sind diese den „lieben“ Herren völlig ausgeliefert, d.h. konkret die Schweine in Menschengestalt sind in der Lage, mit den gefangenen Genossen/innen das zu machen, was ihnen beliebt, z.B. sie zum „Selbstmord“ oder zum „Verhungern“ zu „verführen“.

Politische Differenzen dürfen hier keine Rolle spielen.

Die quantitative und qualitative Stärke einer revolutionären Bewegung äußert sich auch darin, wie sie sich für ihre gefangenen Genossen/innen einsetzt.

• Solidarität mit dem Hungerstreik der politischen Gefangenen!

• Kampf der Isolationsfolter!

RHD-Ortsgruppe Groß Gerau

Sozialismus?

Es ist interessant, wie sehr mensch die proletarische, sozialistische Demokratie so herzhafte propagieren kann, aber dennoch keine vernünftige Kritik gegen die Entstellungen des Sozialismus in der Sowjetunion ab den 30er Jahren — bis heute zusammenkriegt. (Schon keine Kritik an Stalin.) Wir lesen: „Die gewählten Repräsentanten (Arbeitssozjets — anmerkung von mir A.S.) konnten über dieses Mandat nicht frei verfügen. (...) Sie waren vielmehr verantwortlich und jederzeit abwählbar.“ (Kommunistische Hefte Nr. 9, S. 85f) Daß es so, und nicht anders in einer sozialistischen Demokratie sein muß, wird vom Großteil unserer Partei ja nicht mehr geleugnet, vielmehr wird die Politik der Stalin-Bürokratie überhaupt nirgendwo mehr erwähnt. Die sicher bei vielen Genossinnen und Genossen entwickelte Diskrepanz wird schlechthin neutralisiert.

Resultierend aus der Schlußfolgerung, die UdSSR ist ein Staat, in dem die Arbeiterklasse nicht die Macht hat, dem Erkennen der objektiven Schwierigkeiten unter Berücksichtigung der Gefährlichkeit der SU-Politik für die Weltrevolution, als Bestandteil ihres Daseins und ihrer Besonderheiten, müssen wir klar aufarbeiten, warum das so ist und seit wann.

Im Bezugspunkt erkennen wir da nicht vorhandene, notwendige Konsequenzen, die aus sich heraus einfach eine gewisse Potenz zur Diskussion entwickeln könnten. Eine Debatte, vielmehr über die Herangehensweise der Partei an solche Probleme, erscheint mir da sinnvoller zu sein und nicht etwa eine Auseinandersetzung über die „spezifischen Erfahrungen“ der SVR Albanien, die ja auch nichts anderes tut, als gewisse (für uns wichtige) Schritte und Forderungen zu unterdrücken. Mir erscheint eine Kritik an der idiotischen Sexualethik der Albaner z.B. notwendig. Das würde in diesem Beitrag aber zu weit führen. Kommen wir zum Problem zurück.

Bei der Stalinischen Politik handelt es sich nicht um das Auftreten eines unmarxistischen Personenkults, wie das der Revisionist Chruschtschow zu erklären pflegte. Dieses subjektive Geschwafel ist eines Marxisten unwürdig. Wir können die schlechten Gewohnheiten der KPdSU nicht auf die individuellen Besonderheiten eines Stalin münzen, der sicherlich nicht der geeignete Nachfolger des vortrefflichen Lenin war. Es ist eine Frage der Würde. Wenn ich frage, warum das Leben vieler Menschen unter der Stalin-Herrschaft physisch vernichtet oder total gestört wurde, so bin ich

ein Wicht, würde ich mit der „Argumentation“ der Revisionisten antworten. Wir müssen die einzelnen Epochen der SU in einem Zusammenhang sehen.

In der Sowjetunion ist die Bürokratie der Ausdruck der Entartung des Arbeiterstaates, wo eine privilegierte soziale Schicht die Ausübung wirtschaftlicher und politischer Macht usurpiert. Wer auch immer den Staat repräsentiert, ist egal, die Merkmale der Entartung sind die selben. Es gibt keine Räte-demokratie, keine Leitung der Betriebe durch die Arbeiter. Auch Parteimitglieder müssen mit der Kritik vorsichtig sein. Zu Lebzeiten der Fraktion Stalin war es genau dasselbe wie heute, nur ein paar Verschiebungen fallen uns ins Auge. Gerechtfertigt wird diese unmarxistische Politik immer mit der Gefahr, die von innen ausgehe. Wo gehobelt wird, fallen bekanntlich Späne, Späne aus den Reihen der Arbeiterklasse. Auf internationaler Ebene bringt diese Politik der Bürokratie nichts anderes hervor als rücksichtslose Unterordnung der kommunistischen (heute revisionistischen) Parteien unter den speziellen außenpolitischen Interessen des Stalinismus, auch wenn dadurch ganze sozialistische Revolutionen erstickt werden. Die Politik der Chruschtschowschen „friedlichen Koexistenz“ ist das beste Beispiel für die Weiterführung der Anbiederung der SU an den Weltimperialismus. Wir lesen in einem interessanten Buch: „Aber die Manöver der Stalinisten entsprechen wohl kaum den Interessen der SU als Staat. Sie haben die Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 erleichtert, sie haben die spanische Revolution 1936 zum Scheitern verurteilt, sie haben die französischen und italienischen kommunistischen Massen gezwungen, 1944–46 den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Wirtschaft in diesen Ländern wieder herzustellen. (...) Diese Manöver entsprechen den engstirnigen Interessen der Verteidiger der Privilegien der sowjetischen Bürokratie.“ (Ernest Mandel, Einführung in den Marxismus S. 132f, Frankfurt 1982)

Weiter. Die Sowjetunion ist heute eine Industriemacht, in der die Bedürfnisse der Arbeiterklasse und des Volkes befriedigt werden könnten. Das ist offensichtlich nicht der Fall, aber die sowjetischen Massen sind keineswegs „zufrieden“, auch nicht die der anderen Ostblockländer. Aufgrund der Tatsache aber, daß Opposition in diesen Staaten aus der Arbeiterklasse heraus entwickelt wird, müssen wir eine Zersplitterung der Parteiführer und Machtkämpfe zwischen ihnen feststellen, denn die Herren wissen bald nicht mehr, wie sie ihre Haut retten können. Niemand scheint sich wirklich für den Jargon zu interessieren, der dort immer derselbe ist. Die SED z.B. ist voll von bürgerlichen Karrieristen. Alle wirklichen Protestbewegungen aber, die aus dieser Deformation resultieren, wurden durch die Militärmaschine unterdrückt. Sollte es aber zu diesen gleichen Bewegungen großen Ausmaßes (z.B. in Polen) auch in der SU kommen, so ist die Errichtung der Diktatur des Proletariats nicht mehr zu verhindern. Eine Restauration des Kapitalismus kann es dann nicht mehr geben.

Gehen wir noch einmal auf die ökonomische Entwicklung Rußlands ein. Ab 1921 beunruhigte sich W.I. Lenin ganz zu Recht über die Parteizersetzung. Er führte zuerst einen langsam anlaufenden Kampf gegen die Entartung der Arbeiter- und Bauernmacht in eine Bürokratie. Angesichts der „Größe“ der russischen Proletarier als Klasse (die wirklich ganz klein war) erscheint es kein Wunder oder Phänomen zu sein, daß sich in der KPdSU bürokratische Tendenzen und Arbeitsweisen zu entwickeln begannen. Erst in den (leider) letzten Lebenstagen führte Lenin den Kampf auf Leben und Tod, und sprach Stalin sein Mißtrauen aus. (Es ist das lächerliche „Verdienst“ von Leuten wie Sinowjew, auf dem entscheidenden Plenum des ZK Stalin das Vertrauen der Partei auszusprechen und damit Leo Trotzki zum Hauptfeind des Sozialismus zu machen.)

Die Industrialisierung der SU war ohne Zweifel als Prozeß notwendig, fragt sich nur mit welchen Opfern. Die Entartung des Staates war keineswegs unvermeidlich, wie es manche sehen.

Es ist klar, die Ökonomik der SU befand sich 1921 auf ihrem totalen Tiefstand, Hungerkatastrophen waren im Land verbreitet, Epidemien usw. Die Bolschewiki entschieden sich für einen Rückzug im Bereich Wirtschaft. Die „Neue Ökonomische Politik“ (NEP) wurde oft als Liquidierung des Sozialismus verstanden, war aber absolut notwendig, auch um im internationalen Sektor Zeit zu gewinnen. Ein freier Markt (mit Einschränkungen) wurde geduldet, Privatindustrie aufgebaut usw.

Die Arbeiterklasse verlor in diesem Prozeß natürlich einen Großteil ihrer Macht. Stattdessen entwickelte sich eine Schicht von Arbeiterbürokraten, Parteimitglieder, die direkt die Macht, sowohl über die Bourgeoisie als auch über dem Proletariat ausübten. Genauso ist es auch heute noch. Alle Versuche, die Bürokratie, die sich unter Stalin gänzlich etablierte, zu zerschlagen, schlugen fehl. Als die KPdSU schließlich mit dem wirtschaftlichen Aufbau nach der NEP begann, wurde jegliche sozialistische Opposition unter-

drückt, Massensäuberungen durchgeführt usw. Das alles hat mit Sozialismus nichts zu tun. Die Opposition in der KP, die seit 1920 unaufhörlich gegen die im Ansatz vorhandenen Tendenzen polemisierte und arbeitete, war durch ihren geringen Einfluß nicht in der Lage, die Entwicklung zu bremsen und die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen, obwohl dies möglich gewesen wäre.

Es ist interessant, abschließend die Positionen der Arbeiteropposition in der KPdSU zu dokumentieren. Sie schlug vor:

- Entwicklung und Erweiterung der Demokratie im Volke und der Partei. (Das Gegenteil trat ein)
- Den armen Bauern Kredite zu geben.
- Die Löhne zu erhöhen.
- Die Industrialisierung zu beschleunigen.
- Die Orientierung auf die Weltrevolution aufrechtzuerhalten.

(E. Mandel, Einführung... S. 128)

Ohne Arbeiterdemokratie kein Sozialismus!
A.S., Bielefeld

Schenken macht Freude!

Es ist schon ein schönes Gefühl, wenn man zu Weihnachten mit seinem Geschenk so einen richtigen Volltreffer landen kann. Da kommt dann echte Freude auf. Aber Schenken ist auch schwer. Wie soll man den persönlichen Geschmack des zu Beschenkenden treffen? Unsere Redaktion hilft da ja, gibt Geschenktips. Bei vielen herrscht ja auch die Unsitte, zu einem Geschenkartikel den Kassensbon gleich mitaufzubewahren und mitzuverschenken. Dann kann man dem Beschenkten sagen: „Wenn's dir nicht gefällt, kannst du es ja umtauschen“. So bleibt dann vom Geschenk nur noch sein schnöder Tauschwert übrig. Wirklich eine sehr unpersönliche Art zu schenken. Wir machen es euch da viel einfacher, wir sagen euch lange vor Weihnachten, womit ihr unseren persönlichen Geschmack haargenau treffen könnt:

Schenkt uns echtes Geld!

Wo ihr doch so reichlich davon habt, jetzt, wo das viele Weihnachtsgeld bei euch eingetroffen ist. Sicher, wir lieben auch die kleinen Scheine und den blauen, aber am meisten freuen wir uns doch immer wieder über den braunen Riesen. Überweisung massenhaft erbeten auf Konto:
KPD, 4600 Dortmund 30
Stadtparkasse Dortmund, Kto. 321004547 BLZ 44050199
Postscheckamt Dortmund, Kto. 6420-487

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

FRANKFURT

Stammtisch der KPD
Jeden ersten Freitag im Monat, 20.00 Uhr
„Musterklausur“, Eckenheimer Landstraße 43

WILHELMSHAVEN

Stammtisch der KPD
Jeden 1. Freitag im Monat
„Deutsche Bucht“, Ulmenstraße 17

FRAUENSEMINAR

Zum § 218
Referate und Diskussionen zu: Geschichte des § 218, Familien- und Sozialpolitik der Wenderegierung (unter dem Aspekt § 218), Selbstbestimmungsrecht der Frau im Sozialismus, Aktionsmöglichkeiten, Gewerkschaften.
Unkostenbeitrag: 25,— DM
Anmeldung an: Frauenabteilung der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 jeweils in 4600 Dortmund 30
Anmeldeschluß: 17. Januar 85
Termin: Wochenende 26. und 27. Januar 85

KIEL

Demonstration
Gegen die Mittelamerika-Politik der USA
Samstag, 22. Dezember, 11.00 Uhr
Abmarsch: Wilhelmplatz
Es ruft auf das Bündnis „No pasaran“

Meldungen

Nicaragua Neue Miskito- Politik?

Eine Initiative zur Verbesserung der sandinistischen Politik gegenüber der indianischen Bevölkerung Nicaraguas in der Atlantikküstenregion wird aus Managua gemeldet. Die Probleme der Verwaltungsregion „Costa Atlantica“ — deren bekanntestes die Widersprüche zu den „Miskito“-Indianern ist, sollen jetzt von einer neugebildeten sechsköpfigen Kommission in Angriff genommen werden. Nach einer Sitzung der Regierungsjunta wurde bekannt, daß die Kommission einen Gesetzentwurf für ein Statut der problemreichen Region ausarbeiten soll, welches vom gerade neugewählten Parlament behandelt und in Verfassungsrang erhoben werden soll. Wichtigste Punkte sollen die Frage weitgehender Autonomie für die Region, die Frage des Grundbesitzes der indianischen Gemeinschaften und die Probleme der Rückführung der geflüchteten Einwohner der Region sein. In Zusammenhang mit der Initiative ist auch ein neuer Gesprächstermin mit dem Führer der indianischen Volksgruppen der Miskito, Sumo und Rama, Brooklyn Riverea, vereinbart worden. Riverea, der auf Seiten Eden Pastoras die Sandinisten bekämpft, war kurz vor den Wahlen schon einmal zu Gesprächen in Managua gewesen. Ein weiterer Termin ist jetzt auf Einladung des kolumbianischen Präsidenten Betancur in Bogotá vereinbart worden.

Chile Neue Verbannungen

Die KZs in Chile füllen sich wieder. Die faschistische Junta des Generals Pinochet verbannt immer mehr Oppositionelle in Lager in den Norden des Landes. Allein seit Ausrufung des Belagerungszustandes Anfang November sind weit über 700 Personen verschleppt worden. Am vergangenen Montag traf es elf Studenten der Universität von Santiago, die an Protesten gegen das Regime teilgenommen hatten. Einen Tag später wurden weitere 58 Chilenen verbannt.

El Salvador Radio Venceremos sendet weiter

Ein totaler Mißerfolg war die von salvadorianischen Regierungstruppen und CIA-Experten versuchte Operation „Torola 4“. Sie hatte zum Ziel, den Sender der Befreiungsfront FMNL, „Radio Venceremos“, zu zerstören. Neun Elitetruppen, die von starken Luftstreitkräften unterstützt wurden, versuchten in der vergangenen Woche den Sender in der von den Befreiungskämpfern kontrollierten Provinz Morazan zu zerstören. Nach für die Regierungstruppen verlustreichen Kämpfen mußten die Regierungstruppen sich am vergangenen Sonntag die Provinz über den Torola-Fluß wieder verlassen.

Giftgaskatastrophe in Indien

Wo liegt das nächste Bhopal?

Fortsetzung von Seite 1

Es war nicht der erste Unfall in der Union-Carbid-Fabrik von Bhopal. In dem erst 1979 errichteten Werk hat es schon mehrfach Unfälle mit Gasen gegeben. Weder die örtlichen Behörden noch der Konzern nahmen das als Warnung. Sicher sind die Sicherheitsauflagen, die Kontrolle der gefährlichen Produktion, die Vorsorge für eventuelle Unfälle in derartigen Werken in Entwicklungsländern anders als in den USA oder der Bundesrepublik. Nur wäre es zu einfach, zu denken, so etwas könne nur dort vorkommen.

Harrisburg ist ein Beweis dafür, Seveso liegt mitten in Europa, und wer erinnert sich nicht, schon einmal Radiomeldungen gehört zu haben, von Gaswolken auch hier. Daß es nicht so gefährliche Stoffe waren, daß die Menschen wie die Fliegen umfielen, ist doch kein Beweis dafür, daß so etwas überhaupt nicht passieren kann. Die westdeutschen Chemiekonzerne beeilten sich, genau dies zu behaupten. Sehr richtig, bemerkte ein Fernsehkommentator, daß wenn es die Filiale eines westdeutschen Konzerns gewesen wäre, die Union Carbide genau dieselbe Stellungnahme abgegeben hätte. Bayer Leverkusen z.B. produziert in Dormagen genau dieses Gift MIC. „Ganz anders, viel sicherer“ usw. usf., behauptet der Konzern. Das nordrhein-westfälische Innenministerium hingegen meinte schon, eine Katastrophe wie in Indien sei unwahrscheinlich, aber man wolle sie „auch nicht ausschließen“.

Die schlimmsten Produktionen, die gefährlichsten, verlagern die Chemie-Giganten immer mehr in Länder der Dritten Welt. Hier produzieren sie oft Stoffe, die hier schon lange verboten sind. So verfährt Bayer z.B. mit dem Gift DDT. Und die großen Industrie-Unfälle gerade in den Entwicklungsländern — erinnert sei an die Öltankerexplosion in Mexico-City oder die Ölbrandkatastrophe in Brasilien im Frühjahr —, zeigen auch, wie skrupellos die Konzerne, die internationalen Multis ihre Macht gerade in diesen Ländern ausspielen, wo sie wie wahnsinnig Profite scheffeln. Sie gehen dabei über Leichen. Es ist schlichtweg falsch, zu sagen, in der dritten Welt gäbe es eben keine vernünftigen Sicherheitsvorschriften, keine genügende Anzahl ausgebildeter Experten. Genau deswegen gehen die Multis ja in die Länder, sie verhindern teure Sicherheitsmaßnahmen und die Ausbildung der Arbeiter. Die Konzerne kümmern sich einen Dreck um das Leben und die Gesundheit der Menschen und der Umwelt, wenn sie auf Profitmache aus sind.

„Phosgen — typisch deutsch“

Mit großer Wahrscheinlichkeit war das Giftgas Phosgen an der Katastrophe in Bhopal beteiligt. Erfunden wurde es seinerzeit von Chemikern der Firma Bayer, um es als Kampfstoff im Krieg einzusetzen. Um sein Produkt zu verkaufen, schrieb der Generaldirektor Carl Duisberg am 5. 3. 1915 an die OHL (Oberste Heeresleitung) der deut-

Die „tageszeitung“ veröffentlichte in der vergangenen Woche eine interessante Gegenüberstellung. Neben Agenturberichten über das indische Chemieunglück zitierte sie aus einem „Handelsblatt“-Bericht vom gleichen Tag.

„Bei der bisher größten Giftgaskatastrophe auf dem indischen Subkontinent sind in der Nacht zum Montag mehr als 1000 Menschen ums Leben gekommen. Mehrere tausend Menschen lagen am Montag mit zum Teil schwersten Vergiftungen in den Krankenhäusern der Stadt.“ — „Die Vorstände nennen denn auch 1984 ein Spitzenjahr der Chemieindustrie; denn in zweistelligen Raten wachsen die Geschäfte“.

Hunderte von Menschen seien in panischer Angst geflohen. In einem Umkreis von einem Kilometer rund um die Fabrik lagen Leichen. Verreckte Hunde, Pferde und Rinder übersäten das Gelände.“ — „Das herausragendste Merkmal des Chemie-Spitzenjahres 1984 ist (wie schon 1983) die kräftige Gewinnsteigerung“.

„Viele kamen mit Schaum vor dem Mund in die Krankenhäuser. Dort wurde das Personal durch den unerwarteten Ansturm der Opfer völlig überfordert. Die meisten Menschen, die unter schwerer Atemnot und Übelkeit litten, mußten wieder fortgeschickt werden.“ — „Und die Ergebnisse dieser Expansion (der Chemiekonzerne) werden die höchsten Renditen des vergangenen Jahrzehnts bringen.“

„Reporter, die relativ früh am Katastrophenort

Und nicht zuletzt, die ziemlich sicheren Vermutungen, daß bei dem Massensterben in Indien Phosgen, ein Giftgas aus dem ersten Weltkrieg eine Rolle spielte, macht auf einen weiteren Punkt aufmerksam. Der rheinland-pfälzische DGB-Vorsitzende Julius Lehlbach, der schon lange für die Entfernung der Giftgaslager der US-Armee eintritt, sagte, die Bilder aus Indien öffnen die Augen „für die Schrecken eines Giftgaskrieges“.

Ein Giftgaskrieg — oder auch „nur“ ein Unfall kann auch hier bei uns losgehen. Allein im rheinland-pfälzischen Fischbach hat die US-Armee 10000 Tonnen chemischer Stoffe eingelagert. Darunter sind Gifte, die weitaus gefährlicher, todbringender sind als das MIC oder sogar das Phosgen. In Fischbach lagert unter anderem das von Bayer entwickelte hochgiftige Nervengas VX, daß bei einem Austritt die Schrecken von Bhopal tausendfach überbieten würde.

schen Wehrmacht:

„Der Atem wird immer kürzer und stoßweise tritt schließlich der Tod durch Ersticken ein. Dieser Verlauf der Phosgenvergiftung erstreckt sich je nach Menge des aufgenommenen Giftes über einige Stunden bis zu drei Tagen. Das volle Bewußtsein bleibt auch bei dem schwersten Verlauf bis zum letzten Augenblick erhalten. Der Phosgentod ist als ein ganz allmähliches Ertrinken im eigenen Blutserum aufzufassen.“

IG-Farben-Vorstandsmitglied Karl Kraus, der nach

eintrafen, berichteten, daß hunderte Vergifteter noch immer in ihren Häusern und Hütten lagen, ohne daß sich irgendjemand um sie kümmern konnte.“ — „Die in den ersten drei Quartalen erreichten Ertragssteigerungen sind, auch wenn man den Basis-effekt berücksichtigt, enorm.“

„Die Menschen flüchteten in Panik. Es kam zu schweren Unfällen auf den Ausfallstraßen, auf denen Tausende der Katastrophe zu entkommen suchten.“ — „Aber nicht nur in Nordamerika und Fernost, sondern auch in Lateinamerika und Westeuropa haben sich die Geschäfte wesentlich verbessert.“

„Viele Opfer starben im Schlaf. Die Toten waren nicht mehr von den Bewußtlosen zu unterscheiden.“ — „Eindrucksvoll zeigt die Entwicklung den Wandel in der Chemie. Besonders gefragt waren Kunststoffe, Fasern sowie Pflanzenschutzmittel.“

„Während, hustend, erbrechend und die brennenden Augen reißend, flüchteten die Menschen in der Dunkelheit aus ihren Häusern. Tausende Frauen, Männer und Kinder suchten Schutz vor der tödlichen Wolke.“ — „Man werde mit Optimismus und Schwung in das Jahr 1985 gehen. Man ist davon überzeugt, daß die Entwicklung auf hohem Niveau weitergehen wird.“

Das Giftgas wird aber nicht nur in Fischbach gelagert. In Munster, in Hanau sind weitere Depots. Und laufend gibt es Transporte dieser Stoffe durch die Bundesrepublik. Meist von Nordenham aus per Binnenschiff über die Kanäle. Per Bahn und LKW wird es transportiert. Defekte, unsicher gewordene Behälter gehen den gleichen Weg zurück — über Kanäle und Straßen Westdeutschlands.

Der „Mord durch US-Multis“, wie die Bombayer Tageszeitung „Daily“ den Vorfall von Bhopal bezeichnete, muß Konsequenzen haben: Konsequenzen für die Profitgier der Multis, Konsequenzen für die Verantwortlichen der Union Carbide. Er muß aber auch in unserem Land, mit den großen und gefährlichen Chemieproduktionsanlagen in Ballungsräumen und der lebensbedrohenden Lagerung und den Transporten von Giftgasen Konsequenzen haben. Denn die Frage steht: wo liegt das nächste Bhopal.

dem zweiten Weltkrieg im Aufsichtsrat der Chemischen Werke Huls (CWH) arbeitete, wußte über die deutschen Kampfgase: „Die chemische Waffe ist auch vom Standpunkt ihrer Anwendung die typisch deutsche Waffe, da sie der besonderen naturwissenschaftlichen Begabung der Deutschen entspricht. Die gewisse, bestehende Diffamierung ist ein Zeichen sentimentaler Kritiklosigkeit“.

Aus: „IG Farben — Die unschuldigen Kriegstreiber“. Erschienen im Verlag Neuer Weg.

Kommentar

Monatelanges Tauziehen, eine vielmalige Verschiebung der Einberufung gingen der 17. Sitzung des „Palästinensischen Nationalrats“ (PNC) voraus. Die während des Krieges im Libanon schon deutlich gewordenen Widersprüche innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung hatten sich nach dem Auszug aus Beirut noch verstärkt. Vor allem das Zugehen Jassir Arafats auf Ägypten und Jordanien stieß auf viel Kritik innerhalb der Organisationen, die die PLO tragen.

Schärfster Gegner dieses Arafat-Kurses ist die „Nationale Allianz“, ein Zusammenschluß der Teile der Palästinenser-Organisationen, die voll auf Seiten Syriens stehen. Diese Gruppierung, die im wesentlichen vom Al-Fatah-„Rebellen“ Abu Moussa aufgebaut wurde, hat noch während der Kämpfe in Beirut auch den bewaffneten Konflikt gegen Arafat-treue PLO-Einheiten begonnen, und steht heute mit ihrer Forderung nach Ablösung Arafats als Bedingung für eine Mitarbeit in der PLO ziemlich isoliert da. Von dieser Oppositionsgruppierung wird auch berichtet, sie bereite die Gründung einer „alternativen“ PLO vor, auch wenn sie in vielen Stellungnahmen die Notwendigkeit der Einheit aller palästinensischen Kräfte betone.

Kein Beitrag zur Einheit

Palästinensischer Nationalkongreß in Amman

Die größte politische Opposition im palästinensischen Lager ist die „Demokratische Allianz“. Sie wird gebildet aus der „Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) mit ihrem Führer Habasch, der „Demokratischen Front“ unter Hawatmeh, sowie der palästinensischen „Kommunistischen Partei“ und der „Palästina Befreiungsfront“. Diese „Demokratische Allianz“ hat lange versucht, einen Konsens mit den Al-Fatah-Kräften, die die Mehrheit innerhalb der PLO bilden, zu finden.

Zwei Treffen aller palästinensischen Kräfte in Aden und Algier in diesem Jahr hatten noch eine Plattform der weiteren Zusammenarbeit erarbeitet. In dieser Plattform wird die Politik Arafats gegenüber Jordanien und Ägypten kritisch betrachtet, die Stellung des PLO-Vorsitzenden sollte zugunsten einer mehr kollektiven Führung der PLO schwächer werden.

Die Al-Fatah-Mehrheit in den PLO-Organen hat sich dann entschlossen, ungeachtet der Bemühungen der „Demokratischen Allianz“ — die „Nationale Allianz“ hatte sich selbst ins Abseits manövriert — die 17. Tagung des Palästinensischen Nationalkongresses nach Amman in Jordanien einzuberufen. Das konnte sie mit einer zahlenmäßig knappen (und umstrittenen) Mehrheit. Erstmals wurde aber eine Tagung einberufen, die nicht von der gesamten Opposition innerhalb der PLO mitgetragen wurde.

In Amman hielt der jordanische König Hussein die Begrüßungsansprache. Zwar ging der Kongreß demonstrativ nicht auf Husseins Pläne einer „Friedensstrategie“ für die Region ein, aber Arafats Lobreden auf die (extrem US-freundlichen) Regierungen Jordaniens und Ägyptens setzten deutliche Zeichen. Ganz offen setzt die Al-Fatah-Mehrheit innerhalb der PLO auf die „gemäßigten“ arabischen Staaten. Arafat sucht das Bündnis mit Jordanien und Ägypten, setzt auf Verhandlungen mit den USA — die aber immer noch eindeutig jede PLO-Beteiligung an irgendwelchen Initiativen für die Region strikt ablehnen.

Die 17. Tagung des PLO-Kongresses hat aber nicht alle Türen zur Opposition, zumindest zur einflußreichen „Demokratischen Allianz“ — die in den besetzten Gebieten viel Rückhalt hat — zugeschlagen. Von beiden Seiten wird verbal die Bedeutung der Einheit der palästinensischen Kräfte betont, eine zukünftige Zusammenarbeit nicht ausgeschlossen. Wenn auch die Vorstellungen der oppositionellen Kräfte nicht ganz deutlich sind — nur die Ablehnung der diplomatischen Schritte allein ist noch kein Programm — kann man sicher sein, daß die palästinensische Sache von den Regierungen in Kairo und Amman nicht die Unterstützung bekommt, die sie braucht.

Das Dringendste ist die Einheit all derer, die für das Ziel eines eigenen Staates für das palästinensische Volk eintreten. Die Tagung von Amman hat diesem notwendigen Einigungsprozeß nicht genützt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





«Verschüttet – Zeche Consolidation 16. 2. 1984»
Zeichnung: Sigmund Braun

Wende-Helmut

Wende-Helmut hin und her,
und die Flöhe werden mehr.

Wende-Helmut stellte Weichen,
dachte an die armen Reichen.
Gut gebrüllt: Wir packens an!
Wer bezahlt? Der kleine Mann.
Aufschwung für Raketenstärker,
und die Armen werden ärmer.
Doch verneht die ehern' Kunde
aus des großen Schwafers Munde:
Hier, in diesem unsrem Lande,
sind Notopfer keine Schande.

Ganz gewiß nicht für die Rüter,
für Profitler und Minister.
Mit Gewinn und vollem Magen,
läßt sich Armut gut ertragen.

Merke:
Rücklings gehts in diesem Land,
ohne unsren Widerstand.

Richard Limpert

Schlagwetter

(Waltrop-Lünen 1982)

Schrien sie oben
Ausländer raus! und hieben
die Faust auf den Tisch
die Stiefel aufs Pflaster

brach in der Tiefe
Gestein los im Stollen
starben drei Männer
die Kohle beschaffen

Türke Deutscher Yugoslawe

Josef Krug

WERKSTATT

„Werkstatt“ heißt eine neue Kulturzeitschrift aus Bochum. Deutsche und ausländische Autoren aus dem Ruhrgebiet geben diese „Blätter für Literatur und Grafik“ heraus, über deren Titel der ersten Ausgabe steht: „Denn wir müssen so manches noch ändern“.

Das gilt sicher nicht für das Konzept der Zeitung, die Verbreitung weit über den lokalen Raum des Ruhrgebietes verdient. Autoren und Grafiker wie Horst-Dieter Gölzenleuchter, Richard Limpert, Tisa Schulenburg, Josef Reding — viele unbekannte, neue Namen sind auch dabei — bilden ein Stück Leben ab, Leben im Ruhrgebiet. Da wird der Bergarbeiterdichter Heinrich Kämpchen vorgestellt, fast vergessene Autoren wiederentdeckt, neue Autoren haben Platz, gewerkschaftliche Kulturarbeit stellt sich vor, Künstlergruppen und Vereinigungen werden bekanntgemacht. Das außergewöhnlich schöne Heft ist mit hervorragenden Grafiken ausgestattet, jedem Bändchen liegt ein Original-Linolschnitt bei. Für nur 12 Mark ist die Werkstatt sicherlich in guten Buchhandlungen zu bekommen, (ISBN 3-9800544-4-6) bestimmt aber bei der „Edition Wort und Bild“, Mansfelder Straße 29, 4630 Bochum 7.

Die Grafik, die Beiträge von Josef Krug, Richard Limpert und Heinz Meers stammen alle aus „Werkstatt 1“.

Kohl — Bonn

Gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche, wie sie vornehmlich von der IG Metall gefordert wird, sprach sich in Bonn erneut Bundeskanzler Helmut Kohl aus. Kohl sagte auf einer Pressekonferenz vor internationalen Journalisten wörtlich: „Ich kann in der Einführung der 35-Stunden-Woche keinen Sinn sehen. Im Gegenteil, ich halte dies für dumm und töricht. Sehen Sie, der Tag hat 24 Stunden, und wenn dann plötzlich die Woche nur noch 35 Stunden haben soll, dann heißt das doch, daß nach knapp eineinhalb Tagen die Woche um ist. Diese von mir geführte Bundesregierung wird alles dafür tun, daß die alte und in ihrer ganzen Tradition vom ganzen deutschen Volk getragene Regelung, und ich sage das in Übereinstimmung mit unserem Bündnispartner jenseits des Atlantiks, auch weiterhin Bestand haben wird: unter dieser Regierung wird eine Woche weiterhin 7 Tage mit 24 Stunden haben.“

Heinz Mees



Recht hat er, der Postbote...

... denn jetzt gibt es im RM-Verlag zwei Postkartenserien, die das Schreiben wieder zum Vergnügen machen.



Liebe Grüße gegen die Wende

Postkartenset besteht aus acht teils zweifarbigen Postkarten mit innenpolitischen Motiven. Ansichtskarten aus der verfluchten Republik.



Solidarität mit Nicaragua

Acht teils zweifarbige Karten mit Motiven aus Nicaragua. Bilder, Darstellungen des legendären nicaraguanischen Guerillaführers Augusto César Sandino.

Beide Serien, jeweils acht Karten im Umschlag, sind zum Preis von nur 5,— DM zu bekommen beim

RM-Verlag,
Postfach 300526,
4600 Dortmund 30

Werbegag „Gleichheit“

Ein Mann räumt auf



1

Eine Frau räumt auf



2

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaff, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4663966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Herbert Simon, Detlef Schneider (Hrsg.)

Das Krisenbuch

Wirtschaftskrise,
Wendepolitik und
Widerstand
RM-Taschenbuch
DM 14,80

Special: Kohle,
Stahl &
Werten

NEU
14,80
Mark

Bestellungen an
RM-Verlag
Postfach 300526
4600 Dortmund 30